

Volkswacht

für Schlessien

Anzeigenpreis: 3. — 2. — 1. — M. auswärts 3.00 M. Anzeigen unter 10 Zeilen 1. — M. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereinsnachrichten, Wohnungsangelegenheiten 1. — M. Kleinanzeigen pro Wort 0.50 M., das letzte Wort 1.00 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/5) sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werttätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5822

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/5, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 4, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Heilig, Marktstraße 140, sowie durch alle Wastträger zu beziehen. Wöchentlich 6.00 M., monatlich 25. — M.

Für den Schutz der Republik!

Zur heutigen Demonstration.

Im Laufe des Montag fanden zwischen den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien nochmals Verhandlungen über die heutige Demonstration statt. Das Ergebnis der Beratungen ist nachfolgender Aufruf, der von dem UGB, der Ufa, der SPD, und USB, beschlossen wurde. Die Kommunisten verweigerten die Unterschrift wegen des Passus „und den alten Bruderstreit der Arbeiterparteien wieder aufleben zu lassen“. Sie schlossen sich somit von weiteren Verhandlungen selbst aus. Der Aufruf lautet:

„Es mehrten sich die Anzeichen, daß die heutigen Demonstrationen durch Provokateure gestört und die Arbeiterchaft zu unbesonnenen Schritten, wenn nicht Gewalttätigkeiten, verleiten soll.“

Es ist damit zu rechnen, daß Spindel und Provokateure sich unter die Demonstranten mischen. Wo wilde Redner auftreten, handeln sie gegen den Willen der unterzeichneten Organisationen. Ihr Ziel kann nur sein, Mißtrauen gegen die Führer der Gewerkschaften und Parteien zu säen, Forderungen und Kampfmethoden zu propagieren, die außerhalb der von den unterzeichneten Organisationen gefassten Beschlüsse liegen und den alten Bruderstreit der Arbeiterparteien wieder aufleben zu lassen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Republikaner! Laßt Euch in keiner Weise reizen, bewahrt kaltes Blut! Wer in diesem Augenblick die Disziplin und Geschlossenheit unserer gemeinschaftlichen Aktion, wenn auch nur durch Unbesonnenheit, stört, stellt ihren Erfolg in Frage.

Jeder Provokateur ist Euer Feind!
Straft ihn mit Verachtung!
Es lebe die Geschlossenheit und Einigkeit
der deutschen Arbeiterklasse!

Wieder ein neuer „nationaler“ Mordversuch!

Ein Attentat auf Maximilian Harden.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)
Montag abend 8 Uhr 45 Minuten wurde im Grunewald auf den Schriftsteller Maximilian Harden von zwei Personen ein Attentat verübt. Das Grunewald-Sanatorium leistete die erste Hilfe. Die Verfolgung wurde sofort in einem von privater Seite zur Verfügung gestellten Auto aufgenommen.

Als mutmaßlicher Täter wurde ein gewisser Weizhardt festgenommen, der ein Mitgliedsbuch des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten“ in der Tasche hatte. Der Weizhardt wurde im Hausflur der Harden'schen Villa verübt, als Harden von einem Spaziergange heimkehrte. Der Täter führte gegen den Kopf des Überfallenen mit einem Lederschläger heftige Schläge, so daß Harden blutüberströmt zusammensank. Die Verletzung ist schwer, aber nicht lebensgefährlich.

Neue preussische Schutzbestimmungen für die Republik.

Der Verfassungsausschuss des Preussischen Landtages tagte am Sonntag und am Montag vormittag, um über die Anträge zum Schutze der Republik Beschluß zu fassen. Angenommen wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Verhütung von Verbrechen der nichtrichtigen Beamten, der Richter und der Privatdozenten. Unwürdig im Sinne der bisherigen Disziplinargesetze ist nach dem Entwurf ein Beamter, der Bestrebungen, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, im Amt durch Mißbrauch seiner amtlichen Stellung oder in der Öffentlichkeit fördert, solche Bestrebungen durch Verleumdungen, Beschimpfung oder Verächtlichmachung der Republik oder

von Mitgliedern der im Amt befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes unterstützt. Ueber alle derartigen Vergehen soll ein besonders einzulegender Disziplinarverordnen entscheiden, der aus sieben Mitgliedern besteht. Die Ernennung dieser Mitglieder erfolgt durch den Ministerpräsidenten auf ein Jahr. Zwei Mitglieder müssen dem Kammergericht angehören.

Angenommen wurde außerdem ein demokratischer Antrag, der die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur solchen Personen übertragen will, die unbedingt zuverlässige Vertreter der Republik sind. Die gleichen Grundzüge sollen für die Übertragung der Personalreferate gelten. Die Ernennung von Personalreferenten bei den Provinzialbehörden bedarf in Zukunft der Bestätigung durch den zuständigen Minister. Angenommen wurde ferner ein Antrag der Demokraten, der verlangt, daß künftig auch Ministerialräte, Abteilungsdirigenten bei den Provinzialregierungen, Präsidenten der Landeskulturämter und Direktoren der Provinzialhochschulen zu politischen Beamten erklärt und jederzeit in den einseitigen Ruhestand versetzt werden können. Annahme fanden weiter mehrere sozialdemokratische Anträge, die u. a. fordern, daß die Schüler- und Lehrer-Bibliotheken von solchen Büchern gereinigt werden, die mit der bestehenden republikanischen Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind und daß alle Schulbücher, die eine Verherrlichung der Monarchie oder der Hohenzollern-Dynastie enthalten, mit größter Beschleunigung außer Gebrauch gesetzt werden und daß das Staatsministerium an den Schulen diejenigen Verbände verbietet, deren Tätigkeit gegen die Republik gerichtet ist. — Der sozialdemokratische Antrag, nach dem jedes preussische Dienstgebäude eine Reichsfahne besitzen und bei entsprechender Gelegenheit hissen muß, fand gleichfalls Annahme. Wenn zwei Flaggenmasten vorhanden sind, ist neben der preussischen Flagge die Reichsfahne zu hissen.

Schließlich fand noch ein Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten Annahme, der das Staatsministerium ersucht, mit größter Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Verhältnisse der Studierenden an den preussischen Hochschulen in republikanischem Geiste geregelt werden.

Der Reichsrat für das Gesetz zum Schutze der Republik.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrates wurde der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik mit 43 gegen 18 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten außer Bayern die Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westpreußen, Posen, Niederschlesien, (So sind wir im Reichsrat vertreten!), Oberschlesien, Schleswig-Holstein, Hessen-Kassel. Das Annerkennungsgesetz wurde mit 55 gegen 11 Stimmen gleichfalls angenommen. Dagegen stimmten Bayern und Bremen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist also bei beiden Gesetzentwürfen vorhanden.

Das neue Gesetz zum Schutze der Republik zerfällt im Entwurf, den der Reichsrat annahm, und der jetzt an den Reichstag geht, in fünf Abschnitte. Der erste Abschnitt behandelt die strafrechtlichen Tatbestände, die den Inhalt des Gesetzes bilden. Weitere Abschnitte beziehen sich auf die Einschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Pressefreiheit und schließlich handelt es sich um Maßnahmen gegen Mitglieder der ehemals landesherrlichen Familien. Todes- bzw. Zuchthausstrafen sind vorgesehen für Mitglieder aller Vereinigungen, die das Ziel verfolgen, Mitglieder einer noch im Amt befindlichen oder früheren republikanischen Regierung des oder der Länder zu ermorden. Der Antrag auf Ablehnung der Todesstrafe fand im Reichsrat keine Annahme. Auch die Mitwirkung von dem Bestehen solcher Vereinigungen soll mit Zuchthausstrafe bestraft werden. Mit schwerer Strafe bedroht sind besonders öffentliche Aufforderungen zu Gewalttaten gegen die bestehenden Staatseinrichtungen, die Verleumdung und Beschimpfung der Regierungsmitglieder und die Beschimpfung der republikanischen Staatsform und ihrer Abzeichen. Der Schutze des Gesetzes soll nach Ansicht des Reichsratsausschusses gegen alle Bestrebungen gerichtet sein, die auf Herstellung der Monarchie oder Diktatur gerichtet sind. Ein Schutzbedürfnis für den theoretischen Begriff der Republik erkannte der Reichsrat nicht an. Damit ist also der Rechtscharakter des Gesetzentwurfes, wie ihn die Reichsregierung plante, wesentlich beschränkt. Bei Verbrechen gegen Mitglieder der gegenwärtigen republikanischen Regierung oder Mitglieder einer früheren republikanischen Regierung kann neben Todes- bzw. Zuchthausstrafe auf eine Geldstrafe bis zur Ver-

mögenskonfiskation erkannt werden.

Weiter ist vorgesehen, daß Mitglieder ehemaliger landesherrlicher Familien, von denen Angehörige bis zum November 1918 regiert, wenn sie sich einer nach diesem Gesetz strafbaren Handlung schuldig gemacht haben und deswegen verurteilt sind, aus dem Reichsgebiet ausgewiesen werden können und andererseits solche Mitglieder dieser Familien, die bereits außerhalb des Reichsgebietes ihren Wohnsitz haben, nur mit Genehmigung der Reichsregierung zurückkehren können. Ausländer, die sich eines Verbrechens oder Vergehens schuldig machen, können ausgewiesen werden. Soweit es sich um Verbrechen oder Vergehen gegen die Landesregierungen handelt, ist den Ländern die Möglichkeit gegeben, eine Aburteilung statt vor dem Staatsgerichtshof vor ihrem ordentlichen Gericht vornehmen zu lassen. Das Gesetz soll nach zwei Jahren außer Kraft gesetzt werden. Der Antrag Bayerns im Plenum des Reichsrates, den Abschnitt über Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit aus dem Gesetz herauszunehmen, und die Angelegenheit durch Verordnung zu regeln, wurde mit 21 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Um den Eintritt der USB. in die Reichsregierung.

Wie der „Sozialdem. Parlamentsdienst“ mittelt, verhandelte Montag nachmittag die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und die beiden sozialdemokratischen Parteien über den Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung. Zwischen den verhandelnden Parteien habe festes Einvernehmen geherrscht. Am Dienstag sollen die Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionsparteien aufgenommen werden.

Dollar 420!

Die nervöse Stimmung hält am Devisenmarkt an. Der Dollar war heftigen Schwankungen zwischen 415 und 428 ausgesetzt. — Amtlich notierten: Kabel New York 420, London 1925, Holland 16200. Durch das Nichterscheinen der Berliner Zeitungen ist die ohnehin schon unübersichtliche Lage noch komplizierter geworden. Am Devisenmarkt scheint eine allgemeine Valutenkammerlei eingeleitet zu haben. Im Effektenmarkt war infolge der festen Tendenz der Devisen die Stimmung ebenfalls verhältnismäßig fest. Immerhin verhindert die unklare politische Lage eine stärkere Belebung. Die meisten Industriefabriken zeigen Kurssteigerungen um 40 bis 60 Prozent. Besonders gesucht waren Kalutapapiere.

Englische Zustimmung zum deutschen Vorgehen gegen die Reaktion.

Der gemäßigt-konservative, den Regierungskreisen nahe stehende „Daily Telegraph“, schreibt in einem Leitartikel: Es sei jetzt klar, daß die Ermordung Rathenaus einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Republik bedeute. Reichsminister Dr. Birk und seine Kollegen seien anscheinend entschlossen, ihre ganze Energie der Ausrottung der politischen Gefahr zu widmen, die nicht nur sie selbst bedrohe, sondern das gesamte System, dessen offizielle Beschützer sie seien. Es brauche kaum gesagt zu werden, daß sie bei diesem Bemühen auf die Sympathie jeder friedens- und ordnungsliebenden Nation in Europa Anspruch haben. Der Erfolg der Reaktion in Deutschland würde eine internationale Lage schaffen, die weit verzweifelter wäre, als alle, vor denen Europa seit Beginnung des Krieges gestanden hat.

„Observer“ (eine der angesehensten Wochenzeitschriften, Lond.) schreibt in einem Leitartikel, in dem das Blatt den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund befürwortet: Die Ermordung Rathenaus hat für Deutschland das getan, was die Ermordung Wilsons für Irland getan hat. Sie hat den bestehenden Werraab enthüllt. Die deutsche Regierung hat erkannt, daß sie nicht hoffen könne, im Auslande Gehör zu finden, wenn sie im eigenen Land keine Autorität habe. Eine energische Aktion sei endlich unternommen worden, um die Verschönerung zu unterdrücken, die, wie sie auch immer sich nennen möge, in Wirklichkeit Anarchie ist. Die Öffentlichkeit Deutschlands habe sich manhaft um das republikanische Regime gekämpft. Die Außenwelt habe jedoch auch Pflichten. Keine Regierung, am wenigsten eine ringende, könne Bestand haben, wenn sie darauf auf Ablehnung stohe. Die deutsche Regierung habe sich die Aufgabe gestellt, für Deutschland den ihm zustehenden Platz in der Sonne zurückzugewinnen. Diefelbe öffentliche Meinung in Deutschland, die jetzt die Republik aufrecht erhalte, sei ehrlich bestrebt, für die Wiederherstellung Europas zu arbeiten.

Heute um 2 Uhr Arbeitsruhe und Demonstration!

Nicht der Arbeitgeberaufruf, auch keine angeblich linksradikale Spitzelparole, sondern die einmütigen Beschlüsse der Arbeiterorganisationen gelten für uns!

Wie geht's weiter?

Die Verleumdung von der Reichsregierung am ober-schlesischen Verlaß.

Wenn in Deutschland der Nationalismus im innerpolitischen Leben schlimmer ausartet als in irgend einem anderen Lande Europas, so ist das offenbar die Folge des Ententebrudes. Genauer: Er ist die Folge selbstverschuldeter Ohnmacht der deutschen militärischen Kräfte, nach dem von ihnen durch unmäßige Ueberanstrengung ihrer Forderungen verlorenen Krieg diesem äußeren Druck irgendwie wirksamen Widerstand entgegen zu setzen. Diejenigen Mittel, mit denen das deutsche Volk sich überhaupt noch in langer schwerer Arbeit von den Kriegslasten befreien kann, sind friedlicher Art. Ihre Anwendung kann den vom Kriegshandwerk lebenden militärisch erzeugten Kreisen ebenso wenig erwünscht sein wie den schwerindustriellen Kriegsgewinnern. Die Befreiung des erschöpften und erschütterten Teiles der Wiebergutmachungskosten, die Herstellung der internationalen Einheitsfront zwischen den in Deutschland und den im Ausland, auch im „Siegreichen“, unter den Kriegsfolgen und den Wirkungen des Friedensvertrages leidenden Volksteilen, die völlige militärische Abrüstung, die uns längst keine nach außen brauchbare Waffe mehr nehmen kann, aber zugleich in der Welt Vertrauen erwirbt und im Innern der Abrüstung aller Bürgerkriegsmöglichkeiten dient, — dieses ganze Programm wird zwar einem immer größeren Teil des deutschen Volkes allmählich zur Selbstverständlichkeit. Der kleinen Minderheit reaktionärer Interessen aber bietet es keine Chancen, sondern nur Gefahren für ihre bisher privilegierte soziale Stellung. So bildet sich also in Anknüpfung an die von früher her gefäuligen machtpolitischen Gedankengänge, die in einer ganz anderen Lage Deutschlands entstanden sind und auch die Gunst dieser damaligen Lage noch weit überschätzt haben, eine Ideologie heraus, die eine ständige Sabotagepolitik gegenüber dem Aufbauprogramm der Volksmehrheit rechtfertigen soll. Jede Entäußerung, die wir durch die Nationalisten des Auslandes auf diesem mühseligen, aber allein noch übri-gen Wege zum Wiederanstieg erleben, wird als Beweis dafür mißbraucht, daß unser Weg überhaupt nicht ins Freie führt. Die Erleichterungen, die wir auf ihm erreicht haben (Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, Umwandlung von Geldleistungen in Sachleistungen, Revision des Zahlungsplanes, Beginn der Anleiheverhandlungen), werden verschwiegen oder verkleinert. Der bis aus letzter durchgeführte Gegenbeweis des Krieges gegen die Möglichkeit, mit der rein „nationalen“ Gewaltpolitik etwas für Deutschland zu erreichen, soll dadurch in Vergessenheit gebracht werden.

Da liegt z. B. eine neue Schrift des Generalleutnants Bernhard von Hülßen vor uns, die „Der Kampf um Oberschlesien“ heißt (Stuttgart, Verlag Berger). Die Einleitung greift bis zum Jahre 1918 zurück. Aber von den Wirkungen der fatalistischen Germanisierungspolitik Altpreußens bis 1918, die die polnisch sprechenden Oberschlesier auch politisch ins Polenlager trieb, weiß der General nichts. Auch von der unmittelbaren Folge des Zusammenbruchs Ludendorffs für Oberschlesien, der Zuspicherung des ganzen Landes ohne Abstimmung an Polen, die der erste Friedensvertragsentwurf aussprach, sagt der schriftstellernde General kein Wort. Selbstverständlich muß er auch die Kämpfe der deutschen Republik völlig verschweigen, die dann in Verhandlungen die Abstimmung erreichten. Dafür gibt er aber die Abstimmungsziffern (Seite 14) fallig an, womit man bei objektiv denkenden Kreisen des Auslandes die behauerliche Wirkung erzielen muß, daß sie glauben, es fehle uns an wahrheitsgemäßen Beweisen für die Ungerechtigkeit der endgültigen Entscheidung.

General von Hülßen war Kommandeur der Gruppe Süd des „Selbstschutzes“ im polnischen Maiaufstand 1921. Man wird es also durchaus verstehen, daß er die damaligen militärischen Kräfte für den wichtigsten Teil des Kampfes um Oberschlesien nimmt. Aber es ist doch kaum mehr Verblendung, sondern schon Irreführung oder bewußte Selbstverhärtung gegen die Wahrheit, wenn der General „Kipp und Kar“ (S. 50) erklärt, „nur“ dem Selbstschutz sei es zu verdanken, daß ein Teil von Oberschlesien gerettet sei. Die Engländer hätten seiner Meinung nach niemals eine Armee nach Oberschlesien geschickt, um die Insurgenten gegen den Willen der französischen Politik zu vertreiben. Der General vergißt bei solchen Behauptungen nicht nur die ihm sonst wohl-bekannteste Tatsache, daß die Engländer ein ganz bedeutendes Truppenangebot damals tatsächlich nach Oberschlesien schickten, sondern er „vergibt“ auch, daß ja der Selbstschutz niemals erobert hat, sondern die dann tatsächlich durch den Druck der englischen und italienischen Politik allein von den Insurgenten geräumt werden mußten, obgleich der Hinweis auf Ausschreitungen des deutschen Selbstschutzes diese uns günstige Politik damals schon lähmte. Die militärische Kraft des Selbstschutzes hätte nach Hülßen etwa vom 1. Juli 1921 zur Befreiung des ganzen Abstim-mungsgebietes innerhalb von 2-3 Tagen ausgereicht und nur die Einwirkung der Reichsregierung und die politische Verantwortlichkeit des Generals Höfer hätten diese Befreiung verhindert, gegen den sich die Tendenz der Schrift vor allem richtet, weil er zu sehr unter dem Einfluß der Reichsregierung gestanden hatte. Von der ganz eindeutigen offiziellen Erklärung der Entente über die Folgen eines Selbstschutzes auf das Industriegebiet weiß der General nichts, obwohl sie öffentlich erfolgten. Daß ein Krieg mit Polen daraus entstanden wäre (von dem er nicht einmal andeutet, daß er gleichzeitig auch den Krieg im Westen bedeutet hätte), leugnet Hülßen ab, weil die Polen ja doch nicht ins Abstimmungsgebiet einzürücken gekonnt hätten, solange dort die Souveränität der Entente herrschte! Als ob sie nicht Ostpreußen oder die Grenzmark östlich von Berlin oder Nieder-schlesien genau so wehrlos vor sich liegen hätten wie das Abstimmungsgebiet! Ganz besonders pfiffig sind die Hülßen'schen Ueberlegungen über die Folgen des Selbstschutzes für die Deutschen, die in gewissem im Industriegebiet eingeschlossen waren.

„Die Korfantsgruppen des Gruben- und Industriebezirks hätten sich entweder gegen den Selbstschutz wenden müssen oder die Grubenpläne zunichte machen. Im ersten Falle wären die Deutschen nicht Herren der Städte geworden, im andern Falle war der Sieg des Selbstschutzes um so schneller und entscheidender.“ (S. 52/53).

Man muß diese Sätze genau durchlesen, um feststellen, daß die Minderung und Zerspaltung der deutschen Städte, die Ziumordung ihrer Einwohner diesem General durch einen militärischen Sieg des Selbstschutzes angewogen erschienen wäre. Der militärische Sieg erscheint hier als Selbstzweck, über dem das Schicksal des Deutsch-tums des Industriegebietes schließlich gleichgültig wird. Die Entente hätte sich endgültig dann nach Hülßen vor dem Sieg des Selbstschutzes gebeugt — eine Möglichkeit, nach der man begreift, daß das Urteil dieses Generals, der Deutsche sei „vertrauensfähig, schwachhaft und politisch leichtgläubig“ (S. 15) für einen Teil des deutschen Volkes, nämlich vor allem für diesen Typ des hohen Militärs, tatsächlich zutrifft. Die Angriffe eines solchen Mannes gegen General Höfer und die Politik Dr. Brüning können diesen nur zur Ehre gereichen. Aber mit Schauern müssen wir daran denken, daß dieser Schlag von Leuten nicht nur einst auf die Politik einfließen wird, die uns nach Tritt in den Weltkrieg hinein-schleudern ließ, sondern daß aus diesen Kreisen auch heute noch ein großer Teil vor allem den sogenannten Gebildeten sein ganzes Bild von der Lage unserer Nation empfängt. Worin unterscheidet sich denn die nur zum Teil vorsichtige formulierten

Auffassung, die die deutsch-nationale Presse über die Gründe des Verlustes Oberschlesien verbreitet von der Grandauffassung dieses ihres Helden?

Heute stellt sich eine kleine Schicht der Volksmehrheit noch ginstaus-treuend entgegen und ihr Gift jinde aus alter süßer Gewohnheit immer noch zu viel nehmen. Es gilt jetzt, durch gründliche Umstellung unserer politischen Jugendberziehung dieser Kaufhausheuschrecke, die leichte Siege vor-gaukelt, entgegenzutreten und den Nachwuchs der Nation endlich an die trockene aber gesunde Kost der Wahrheit zu gewöhnen.

Ein Staatsstreik

Der sozialistische „Naprzog“ berichtet, daß die neue polnische Ministerpräsident Stawski in der Mittwoch-sitzung des Landtages ein Gesetz halten wird. Für die Befreiung des Finanzministeriums, des neuen Links-Kabinetts, kommt der polnische Delegierte im Haag, Herr Jaszczycki in Frage, welcher von verschiedenen Bankinstitutionen empfohlen wurde. Die Verhörungen der rechten Parteien gegen das neue Kabinett hören nicht auf, und man muß ernstlich mit dem Versuch eines Staatsstreiches von Seiten dieser Parteien und mit der Anwendung radikalster Mittel rechnen. Beim Landtagsmarschall fand unter dem Vorwande der Besprechung der neuer Wahlordnung eine Sitzung der rechten Parteien statt, in der man sich mit der Bildung eines Verhörsrates befaßte, dessen Aufgabe es sein würde, einen Staatsstreik zu vollziehen, das neue Kabinett zu stürzen und eine Krise gegen den Landtag herbeizuführen. Bezeichnend ist es, daß während der Beratungen beim Landtagsmarschall als Ministerpräsident des Verhörsrates der Korfants und Stawski in Frage kamen. Die Totität der rechten Parteien fand unter den Teilnehmern sehr wenig Anhänger und Stawski erklärte dem Landtagsmarschall, daß er auf keinen Fall damit einverstanden ist, daß sein Name im Zusammenhang mit der Bildung eines rechtstehenden Kabinetts genannt wird. Die Verhörungen des Staatsstreichs hervor-zuführen, haben, in den politischen Kreisen Warschaws einen nieder-brückenden Eindruck hervorgerufen und man ist allgemein der Ansicht, daß man jetzt nicht nur mit kommunistisch-sozialistischen, sondern auch mit nationalistischen Ansichten rechnen muß. Es besteht die ernste Befürchtung, daß die destruktive Arbeit der Nationaldemokraten bereits in die rechte Wurzel gefaßt hat.

Der neue polnische Außenminister Marutowicz

hat als Schulfachlehrer Stimmungs des Oltauer Stadtymnasiums abfoliert und Ingenieurwissenschaften an der Petersburger Technischen Hochschule studiert. Der im 38. Lebensjahre stehende Minister hat 20 Jahre in der Schweiz gelebt, wo er die eidgenössische Staatsangehörigkeit erwarb. Er wirkte als Professor am Eidgenössischen Polytechnikum in Zürich. Seit 1920 war er Minister für öffentliche Arbeiten in Polen. In Genewa gehörte er als Stellvertreter Stimmungs der polnischen Delegation an. Marutowicz ist zwar parteilos, ist jedoch z. B. in der Wilnaer Frage als Förderer und Anhänger Piłsudskis aufgetreten.

Schwarz-rot-gold über Sonthen!

Gestern 10 Uhr erfolgte in Sonthen durch einen Engländer (laut WTB) die Niederholung der drei interalliierten Fahnen, bei der eine englische Kompanie mit aufgespanntem Bajonnet präsentierte, die anwesenden ausländischen Offiziere salutierten und die englische Kapelle den Präsentiermarsch spielte. Darauf erfolgte die Hissung der deutschen republikanischen Fahne, bei der wiederum die Engländer präsentierten und die anwesenden ausländischen Offiziere ihre Ehrenbezeugung erwiesen. Die nach Tausenden zählende Menschenmenge brach in begeisterte Hochrufe aus. Oberbürgermeister Dr. Stephan richtete folgende Worte an die Menge: Wir haben den interalliierten Fahnen unsere Achtung erwiesen. Wir grüßen unsere deutsche Fahne und wünschen, daß sie niemals von uns weichen möge (lebhafter Beifall) und daß sie immerdar wehen möge (lebhaft) und glänzend im deutschen Ober-schlesien. Die WTB-Bürger von Sonthen bitte ich, mit mir einzustimmen in den Ruf: Unter deutschem Vaterland lebe hoch!

Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen. Während in Glei-witz der gestrige Tag im allgemeinen ruhig verlaufen ist, kam es nur gegen Abend an der Verladerrampe beim Abzug der Franzosen und im Stadteil Petersdorf zu einigen Schießereien.

Fürst Pleh baut eine Triumphpforte für die einziehenden Polen.

In der Krakauer „Kowa Reform“ lesen wir, daß das Verhalten der Deutschen in Pleh während des Einmarsches der polnischen Truppen als äußerst korrekt hervorgehoben werden muß. Der Palast des Fürsten von Pleh war mit polnischen Flaggen geschmückt und die Verwaltung des Fürsten hat mit einem Kostenaufwand von 180 000 deutschen Mark auf dem Markt in Pleh eine Triumphpforte errichtet.

Zölibat.

Roman von Joh. Fersch. (Kaschdruck verboten.)

Als er am Nachmittag noch einmal den Waldweg beschritt, über den er oft mit zitternder Seele gegangen, die sich aber wieder in der unheimlichen Erwägung der unabänderlichen Gebote befand, nahm er zugleich von dem Wald Weg Abschied. Nichts verband ihn mit dem Dorfe als die Tatsache, einige Monate hier verweilt zu haben. Er kann über dieses kalendarische Verhältnis nach, das seine Entscheidung über die Zukunft des Reiches, die ihn aber überall hindurchziehen würde, ihn, den Diener Gottes, dessen Reich nicht von dieser Welt war. Gleich dem Diener des Staates, dem Offizier, dem Beamten, wurde er nicht von eigener Scholle seiner Verantwortlichkeit, sondern von einem unbefleckten Willen getrieben und geleitet, von einer Idee. Sie erhielt durch Erscheinungen, Erscheinungen, Gesche und Gesche ein Gesicht, das wohl mächtig wirkte, aber immer fern und unnahbar dem Gehörten blieb.

Er war ein Gerüst, durch eine übermächtige Kraft gelenkt, in deren Gebot das Reichlein zur Dürftigkeit eines blauen weltlichen Mechanismus wurde, blühte und geblüht, bewegt nur von der Vision, die dem Mädchen den unaußer-sinnlichen Entschluß verleiht.

Der nächste Gedanke: Er der Späthe mit der in der nicht Wurzeln fühlenden Materie — Mensch. In einigen Tagen lag sie in der neuen Umgebung, wachsam, eingehend in das große Schicksal des Reiches, der Nation, die ihm bewies, daß er noch wachsen mußte in der Bergschicht des neuen Reiches.

Die nächsten Gedanken schwebten sich bei der tiefen Betrachtung ab. Er fühlte die Materie nicht seine Wege, die letzte ihn auf den Boden, den ihr Blut war. Er würde nicht bei einem anderen sein, der Reue hätte nicht die Entscheidung an ihn übertragen. Von keiner Seite zu werden, sondern nur die Welt zu sein. Nur ein Wort war ihm klar, von ihm selbst vergebens unterdrückt, befehlen: Daß er der Hingabe des neuen Reiches nicht dankbar geblieben würde.

Als Er den Waldweg hinabwanderte, gemahnte er durch den Hauch eines Mann dahinter, in welchem er Kramer erkannte.

Der Kooperator spähte im Reiterhüten. Sollte er sich von diesem Geiste verabschieden, der ihm manche schwere Stunde gebracht hatte und dem er doch nicht fern konnte, weil sich in ihm Jenseit mit der Dantestheit eines die Wahrheit auf fassenden Wege Entschlossen verband?

Er sah einen raschen Entschluß und freute dem alten Lehrer entgegen, der in sich verankert, den Waldweg hinabwandernde und nun langsam aufblühte, als er den Gruß des Kooperators vernahm, der ihm von seiner Entscheidung Mitteilung machte und einen Kramer weiterleitete.

Kramer sagte langsam, mit keinem Worte auf das bisherige Gespräch des Priesters anspielend:

„Ist Sie verlassen aus nun doch?“

Der Kooperator nickte:

„Besonders hinterläßt ich in Ihnen das gleiche warme Geben, wie Sie in mir, über alle Grenzen hinweg, die uns trennen.“

Kramer nickte mit warmem Glänze in den jugendlichen Augen schweigend auf den Priester. Er wies an ein Rosenföhen, das zum Rufen lockte.

„Was trennt nichts, Herr Kooperator. Denn wir sind beide Menschen, haben Sie einige Minuten Zeit? Wenn wir uns schon länger nicht mehr sehen, so lassen wir doch ein bißchen zuhause sein. Und ich bin heute ein wenig müde.“

Der Kooperator erfüllte bereitwillig den Wunsch des Geistes. Sie legten sich vor einem Eschbaum, dessen Krone Beeren wie im Schwarm aus dem Grün leuchteten.

Der Kooperator sagte: „Herr Priester, die im Bergkamm war, wieder in Brand zu setzen, indem Er in der Tat blühte. Eine wohlige Befriedigung ist ihm der Reue, daß auch ihn das Rufen im Grunde eine Ladung der Idee Reue mit dem Gepländer Kramers, dessen Gedankengänge ihn oft zum bittersten Betrachten aufriefen, um ihn mit einigen Sätzen ein Kreuzen zu werden, in dem er sich bewegen konnte.“

Der Priester sah kein Bedauern an die Pfeife gekaut in dem Lachen, der ihn entließ. Da er mit einigen entscheidenden Worten keine Komplexität zeigte, ließ er dem Kooperator, der sich an einen Baum lehnte, freies Feld.

Kammer. Der Kooperator nickte den Geis mit diesem Gedanken-gang.

Kramer wendete sich dem Spötter zu: „Herr Kooperator, glauben Sie einem Alten. Wir sind alle untrennbar mit dem Leben der anderen verbunden; auch in unsichtbaren Dingen, die uns verschiedene Lehren können, wenn wir guten Willens sind. Der Bauernfuchs und ich, beide sind wir unerbittlich durch das gleiche Verlangen. Die Pfeife schmeißt ein gemeinames Verständnis.“

Er lächelte:

„Und die Sentenz, die bei Ihnen nie fehlt?“

„Daß wir Menschen sind, wenn uns auch verschiedene Dinge zu scheiden scheinen. Ich sagte, die Pfeife schmeißt durch das gemein-same Verlangen ein gemeinames Verständnis, wie auch etwas anderes Großes. Darin werden wir alle zu Menschen. Sehen Sie, Herr Kooperator, das war mein eigentliches Bestreben Ihnen gegenüber, diese Anschauung in Ihnen zu verankern. Ob es mir gelungen ist? Ich denke, ein bißchen doch. Wir gehen an keiner Lehre gänzlich unbefruchtet vorüber. Einige Samenfrüchtchen bleiben doch hängen.“

Der junge Priester emigrierte mit dem Willen, nie sein Denken entlassendes Lächeln:

„Obwar auch Antraut daraus hervorgehen könnte.“

„Wenn der Gärtner es verabsäumt, den Garten zu über-wachen; wenn er nicht weise jüdet, wozu ihm Können und Ver-hand gegeben sind. Aber wir wollen nicht im letzten Beisammen-lein Worte stillern. Meine wärmsten Wünsche begleiten Sie in die Ferne, Herr Kooperator. Einem andern könnte ich sagen, in die neue Heimat. Doch Kom-kant diesen Begriff nicht.“

„Kom trägt die Heimat in sich.“

„Worte, Herr Kooperator, Worte, wie ja so vieles, was wir durch die Gabe der Ueberzeugung mit Leben erfüllen wollen. Gerade Ihnen gegenüber wollte ich keine leeren Worte wirken lassen, weil ich in Ihnen jemand anderen erkannte, als der Sie sich heute noch selbst erscheinen. Man muß nicht abergläubisch sein, wenn man Vermutungen und Erwartungen hegt, die man sonst Abnungen nennt. Erinnern Sie sich meiner Worte, Herr Kooperator. Auch Ihnen kommt die Stunde, in der Sie erkennen, daß der alte Kramer ein guter Worter ist, der das Tor entriegelt zum Eintritt in eine Welt, in der wir keine Engel und Heilige, nur Menschen sein wollen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die vollsparteilige Schugföbung für deutfchnationale Beamte.

Im Reichstag war behauptet worden, der Staatssekretär im preußifchen Justizministerium Dr. Mägdel sei Vorftänder eines deutfchnationalen Wahlerweins. Demgegenüber ftellt der Amtliche Preußifche Preffedienst feft, daß Herr Mägdel feit Begründung der deutfchen Volkspartei, deren Mitglied er ift und politifch nicht hervortrat. Wogu wir unfererfeits allerdings bemerken müffen, daß in der Perfonalpolitik des Justizministeriums, die den Anlaß zu dem Angriff gegeben hat, doch auch ein politifches Herporragen liegt und das allerunterftuchfte und wirftamfte. Daß Herr Mägdel die vorksparteiliche Schugföbung fchon lange beftit, zeichnet ihn allerdings vor anderen rechtftehenden Beamten aus. Die meiften höheren Beamten beftßen die Mitgliedsfchaft einer bürgerlichen Koalitions- partei Preußens erft ganz neuerdings.

Neue Verbote.

Der Minifter des Inneren, Severing, hat laut M.D. den Bund der Kuffrechten mit allen feiner Landesverbänden, Bezirks- und Ortsgruppen und ebenfalls fämmtliche in Preußen beftehende Gruppen des „Deutfchvölkifchen Schug- und Trugbundes“, Eich Hamburg, aufgelöft.

Die Hamburger Polizeibehörde hat eine weitere Anzahl Angehörige der Organisation O. dem Unterfuchungsrichter zugeführt. Da die Ermittlungen fortbauern können, um deren Ergebnis nicht zu gefährden, weitere Mitteilungen zurzeit nicht gemacht werden.

Wie die „Magdeburger Volkszeitung“ mitteilt, hat der Oberpräfident der Provinz Sachfen für den Bereich der Provinz Sachfen die Organisation Stahlhelm und den Bund der Frontsoldaten aufgelöft.

Hollmars Befegung.

München, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Leiche des Genoffen Hollmar, ift heute abend in München eingetroffen. Die Befegungsfefterit setten vor der Einäfegung finden am Sonntag nachmittag 4 Uhr auf dem Volkfriedhof ftatt. Sie werden fih zu einer großen Kundgebung der Münchener Arbeiterfchaft und der politifchen Führer der deutfchen Sozialdemokratie gefalteten.

Freifpruch im letzten Kriegsbeftuldigten- prozef.

Am Kriegsbeftuldigtenprozeß gegen den Berliner Arzt Dr. Michellohn wurde vom Reichsgericht das Urteil verftündet. Da für eine Schuld des Angeklagten durch die Verhandlung der Beweis nicht erbracht werden konnte, wurde der Angeklagte freifprochen. Die Koften des Verfahrens trägt die Reichsfteffe.

Ein Hochverratsprozeß in Bayern.

Vor dem Volksgericht in München begann heute der Prozeß gegen den Freiherrn von Leopold von Leopold wegen Hochverrats. Nach der Anklageschrift ftand Leopold in regem Verkehr mit dem franzöfifchen Gefandten in München, Dard. Seine Beftefungen gingen dahin, Süddeutfchland von Norddeutfchland zu trennen, was durch die militärische Befegung der Mainlinie leitens der Franzofen herbeigeführt würde. Der Angeklagte erhielt vom Sommer 1920 bis zu feiner Flucht aus München im Jahre 1922 von Dard monatlich 8000 Mark regelmäßig ausgezahlt. Der Angeklagte beftit, laut M.D., beim Verhör, fih des Verbrechens des Hochverrats fchuldig gemacht zu haben, aber gab zu, von Dard fortlaufend Geldunterftütungen erhalten zu haben. Die Organisationspläne, die ihm vorgeworfen würden, feien teilweise richtig.

Das vom Volksgericht München einftimmig gefällte Urteil im Hochverratsprozeß gegen den Freiherrn von Leopold lautet auf fchuldig des Hochverrats laut §§ 81 und 82 des Reichs-Strafgefegbuchs. Es wurde auf lebenslängliche Zuchthaus- ftrafe und dauernde Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt.

Der Bürgerkrieg in Irland.

foft bekanntlich zwischen den Autonomiften (Freiftaatregierung) und der radikal-nationaliftifchen Minderheit, die bei den Wahlen unterlag.

„Daily Chronicle“ meldet, daß vorgestern Abend in Dublin eine neue Schlacht begonnen hat. Die Freiftaatstruppen unternahmen kurz nach 5 Uhr, unterftützt durch Kaffinengeweh- rfeuer, einen Angriff auf die Stützpunkte der Rebellen im Bezirk Sackvillestraße und nahmen die ihnen gefteften Ziele ein. Die Stützpunkte der fih verteidigenden Rebellen ergaben fih. Ein Hotel wurde von Freiftaatstruppen mit Hilfe von Feld- geftüpfen genommen. Nach zwei bis drei Schüffen erfhien auf dem Hotel die weiße Fahne. Die Befegung ergab fih. Die Freiftaatstruppen umgingen ferner eine Straße, in der zahlreiche Hotels von den Aufftändifchen befestigt gehalten werden. Denalera foll fih in dieser Gruppe befinden. Die Verluste find bisher leicht. Das Zentraltelegraphenamt befindet fih unter Feuer. Es wurden mehrere hundert Gefangene gemacht. Ein nachts 1 Uhr aus Dublin abgefandtes Telegramm befragt, daß in der O'Connell- ftraße heftig gefchossen wird. 30 Rebellen wurden gefangen.

Kleine Vorlagen im Landtag.

Der Entwurf eines Schupolizeibeamtengesetzes wird ohne Debatte dem Bannenausschuf überwiefen. Darauf folgt die zweite und dritte Beratung des Gefegent- wurfs betr.

Erhaltung des Baumftandes, und Erhaltung von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit in Verbindung mit der Befprechung des Antrags Kah (Komm.) betr. den Schuf des Waldbeftandes in der Umgebung von Berlin.

Abg. Hebert (Soz.) wünfcht das Gefeg nicht nur auf die Nachbarschaft von Großftädten zu befchränken, fondern es auf alle „freifreien Städte“ auszudehnen. Dieses Gefeg möge ein Schritt fein, den gefamten Wald in das öffentliche Eigentum überzuführen.

Abg. Seb (D. Vpt.): Eine Ausdehnung des Gefeges auf alle freifreien Städte würde zu weit gehen.

Abg. v. Papen (Ztr.): Alles, was geeignet ift, der körperlichen Erftärkung zu dienen, wird von uns gefördert. Die Bedenken der Deutfchnationalen teilen wir nicht.

Abg. Jürgensen (U. Soz.): Dem Karftbau an den Wald- beftänden muß Einhalt getan werden. Wir stimmen dem Gefeg zu.

Minifter Striffler

behauptet, daß die Bearbeitung dieses Gefeges fo lange Zeit in Anspruch genommen hat, daß insbesondere im Norden Berlins die Abholzung fchon fo außerordentlichen Umfang hat angenommen können. Bei der Ufererftärkung handelt es fih nicht um die Anlage neuer befestigter Wege, fondern nur um die Befehaltung der jetzigen Form.

§ 1 wird angenommen, ebenso der Rest des Gefeges im allgemeinen in der Fassung des Ausschufes. Der Antrag Kah ift damit erledigt. Das Gefeg wird Johann auch noch in dritter Beratung bis auf die Schlufabstimmung erledigt.

Es folgt die zweite Beratung der Anträge der Abg. Dr. Borck (Ztr.) und Dr. Campe (D. Vpt.) auf Aufhefung des Dienstfinkommens der Geiftlichen der evangelifchen Landeskirchen und der katholifchen Pfarrer in Verbindung mit einem Antrage des Abg. Koch-Dönhagen (Dn.) auf Aufftellungsstellen in Gruppe 11 für die Geiftlichen beider Konfessionen.

Abg. König (Soz.): Wir halten eine derartige gefefliche Regelung nicht für notwendig. Wir find der Meinung, daß die durch das Gefeg vom Dezember 1920 für die Kirchen ausgeworfenen Rentebeträge nicht überschritten werden dürfen, da wir fonft zu dem Zustande gelangen, daß der Staat der Kirche immer mehr Rechte einräumt und schließlich fast allein die Beforgung der Geiftlichen trägt.

Abg. Anech (Komm.): Wir wenden uns dagegen, daß auch nur ein Pfennig aus allgemainen Mitteln der Kirche bewilligt wird. Ein großer Teil der Arbeiter bekommt nicht einmal 40 Prozent dessen, was heute ein Geiftlicher fchon bekommt.

Ein Vertreter des Kultusministeriums bittet, es bei den Befchlüssen zu beharren, weitergehende Anträge abzulehnen, insbesondere den Antrag, dieses Dienstfinkommens der Geiftlichen bei weiteren Aufhefungen der Beamtenfinkommens jeweilig entsprechend zu erhöhen.

Die Anträge werden entsprechend den Befchlüssen des Ausschufes erledigt, die Abstimmungen erfolgen Dienstag.

Es folgt die zweite Beratung des Gefegentwurfs betr. die Bereitftellung von Staatsmitteln zur

Verbarmung von kanalfchen Mooren.

Das Gefeg wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Dann folgt die zweite Beratung des

Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung.

Abg. Dr. Regenborn (Dnat.): Die Gefaltung des Verhältnisses zwischen Ländern und Reich ift fo, daß der Finanzminister fih selber dahin geäußert hat, die Weimarer Verfassung erhöhe die Freude am Reich nicht. Die Lebensbedingungen der Einzel- länder würden denn vernachlässigt, wenn nicht eine reinliche Scheidung zwischen Reich und Ländern einträte, besonders in Steuerfragen.

Abg. Dr. Waentig (Soz.): Wir kommen nicht aus der Mifere heraus, wenn wir die Steuererlastung und -eingehung von einer Stelle zur anderen verftießen, sondern nur dadurch, daß wir an einen Abbau des Nichterfordernifchen herangehen. Wir müffen daran festhalten, daß die Länder und vor allem Preußen aus eigenen Mitteln das aufbringen, was sie selbst dauernd nötig haben. Die Reichsmittel, die den Ländern zufließen, müffen nur für die im Auftrage des Reiches auszuführenden Arbeiten verwandt werden. Früher wurden gegenüber dem Reich immer die Länder ausgefpielt. Diese Politik hat dazu geführt, daß wir eine Schuldenlast von 5,2 Goldmilliarden im Reich während des Krieges uns zugezogen.

Auf Antrag des Abg. Heilmann (Soz.) werden die Abstimmungen von der morgigen Tagesordnung mit Rückficht auf die durch die Demonstration verursachten Verkehrsbehinderungen abgefegt.

Gewerfchaftsbewegung.

Tagung des Deutfchen Gutarbeiter-Verbandes.

Lehter Tag.

Am Sonntag erftattete die Statutenkommission Bericht über ihre Tätigkeit. Einzelne Paragraphen lösten eine lebhaft Diskuffion aus. Verschiedene Anträge wurden abgelehnt oder in abgeminderter Fassung angenommen. G.D.D.-Berlin wölte die Umzugsunterftützung ganz freifuchen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Es wurde aber der Antrag Ludenwalde, wonach Umzugsunterftützung in Höhe des Verbandsvorschlages nur an Gemahregelte gezahlt werden sollen, angenommen. Gegen den Antrag Kaiser-Altenburg, welcher einen fchwächlichen Beitrag als Tagesleistung bei Streits gefordert hatte, wurde folgender Antrag der Statutenkommission angenommen: Ein vierwöchentlicher Beitrag ift als Tagesleistung zu gewähren nebst sechs Mark Rinderzulage für Verjeirats. Der Antrag, daß Kollegen, die das Arbeitsamt umgehen, 1000 Mark Strafe zahlen, wurde ebenfalls angenommen, dagegen der Antrag Breslau auf Erhöhung der Unterftützungsfäße der Invalidentafte, einmüßig Erhöhung der Beiträge, abgelehnt. Sehr lebhaft war die Ausfprache über den Antrag des Verbandsvorftandes betreffend Gründung einer Unterftützungsfteffe für Hinterbliebene von Angeftellten. Die Mehrzahl der Berfammlten war gegen eine solche Gründung. Es sollen keine Ausnahmen gemacht werden; wenn keine Kaffe für alle Mitglieder gegründet werden kann, dann wäre es nicht richtig, mit den Angeftellten eine Ausnahme zu machen. Daraufhin zog der Verbandsvorftand feinen Antrag zurück, um der regen Debatte ein Ende zu machen.

Die neuen Statuten treten am 1. Oktober 1922 in Kraft. Die Tagung hatte mittags ihr Ende erreicht. Moedel gab feiner Freude über den guten Verlauf der Tagung Ausdruck. Er wies zum Schlußwort noch auf die Notwendigkeit der Arbeiterkaffe hin, gefchlossen gegen die Anfchlüge der Gegner auf alle Errungenschaften der Arbeiterfchaft aufzutreten; durch die Erhöhung der Beiträge und der Streikglieder hätten die Teilnehmer bewiefen, daß sie die Notwendigkeit, der Organisation finanziellen Rückhalt zu geben und wirtfchaftliche Kämpfe auszuführen, erkannt hätten.

Streit der Breslauer Steinmehnen und Hilfsarbeiter.

Seit dem 3. Juli 1922 befinden fih die Breslauer Steinmehnen und Hilfsarbeiter im Streit. Wir eruchen die verwandten Berufe, keine Streikarbeit zu verrichten.

Die Streikleitung.

Neuer Tarifvertrag im Gastwirtsgewerbe!

Uns wird gefchrieben: Seit einigen Wochen ift ein neuer Tarifvertrag der gawirtfchaftlichen Angeftellten abgeschlossen worden, der dem feftbesto- deten Personal eine Zulage von 60 Prozent bringt.

Den Prozentempfängern (Kellern) ift 1 Prozent abgenommen worden, das fih die notleidenden Gawirte in ihre Tafche fteden.

Dafür haben die Herren Unternehmer (großzügig wie immer, wenn es nicht aus ihrer Tafche geht), den Kellnern geftattet, für Zigaretten und Zigaretten Procente zu nehmen, was früher nicht der Fall war. Dieser Prozentzufchlag ift eine For- derung des Kellers an den Gaf und bitten wir in Zukunft, daß da, wo das Bedienungspersonal einen bezahligen Zufchlag erhebt, fih der Gaf den Organisationsausweis zeigen läßt. Wird ein Ausweis des Zentralverbandes der Hotels, Restaurant- und Café- Angeftellten (freie Gewerfchaft) oder des „Bundes“ (Christliche) nicht vorgezeigt, hat der Gaf das Recht, dem Bedienungspersonal die Procente zu verweigern.

Wir bitten, im Interesse der organiften Angeftellten, von diesem Recht oft Gebrauch zu machen.

Die Wahrheit über den Streit in den Juckerfabriken in Gutfchdorf und Gräben, Kreis Striegau.

Uns wird gefchrieben:

Da fih Schreihäftige in der „Schleffifchen Arbeiterzeitung“ über den Verhand der Fabrikarbeiter und feiner Angeftellten ergehen, find wir genötigt, der Arbeiterfchaft Aufklärung über diese Vorgänge zu geben. Für die gefamten Arbeiter der schleffifchen Gewerkschaft befehzt ein fogenanntes Beftimmungs- gefeg in vier Ortsftellen. Dieser Tarif war mit Ablauf am 31. Juli 1922 an das Breslauer Lohnamt angefhloffen. Das heißt, die monat-

lichen Errechnungen der Löhnerung, erhöhten Prozentum jeden Monat den Lohnfah des Tarifes. Die Umstände wöolten es, daß andere Industrien die ihre Tarife in freier Verhandlung tätigten, über den Lohnfah der Juckerarbeiter hinaustamen, fo daß Industrien die sonst mit ihren Lohnfäßen hinter den Lohnfäßen der Juckerindustrie nachhinkten, vor die Säße der Juckerindustrie kamen. Dieses läßt bei den Juckerarbeitern begreiflichen Unwillen aus. Die Leitung des Verbandes der Fabrikarbeiter fette fih sofort mit den Spitzenorganisationen des Arbeitgeberverbandes in Verbindung und verlangte Revision des Tarifes.

Zu gleicher Zeit verlangte die Arbeiterfchaft der Juckerfabriken Gutfchdorf und Gräben, um die Scharte weit zu machen, Wirtfchaftsbeftänden in Höhe von 1500 Mark. Es kam bei den Betriebsverfammlungen in Gräben und Gutfchdorf zu Zusammen- ftoffen zwifchen Betriebsfteilungen und Betriebsratsvorftänden. Insbesondere fühlte fih der Direktor Kümmler der Juckerfabrik Gutfchdorf beleidigt. Er verlangte die sofortige Rücktritts- erklärung des Betriebsratsvorftändenden Ulrich. Diese Erklärung wurde nicht abgegeben, darauf sofortige Entlassung des Ulrich. Die Arbeiterfchaft von Gutfchdorf hielt nach Schluß der Arbeit eine Betriebsverfammlunng ab, wo Bericht von den Lohn- verhandlungen gegeben wurde. Nach dem Bericht sollten die offiziellen Lohnverhandlungen über Revision des Tarifes am 27. Juni stattfinden. Die Hinausschiebung des Verhandlungs- datums fand in feftverständlicher Weise das Mißfallen der Verfammlunng, und die Gemüter erregten fih, bis zur Stechöhe als die Entlassung des Betriebsratsvorftändenden beifprochen wurde. Die Ermahnungen des örtlichen Organisationsleiters, Geschäftsführer Schneider-Saarau, in der Entlassungsfrage erst den Striegauer Schlichtungsausschuf fprechen zu laffen, um Zeit zu gewinnen, da nach § 1 des Streikreglements über Genehmigung des Streiks der Hauptvorftand entscheidet, wurden durch Nieder- brücken beantwortet.

Es wurde der sofortige Streik beschloffen. Der Geschäfts- führer Schneider machte fih nach Schluß der Verfammlunng mit Arbeiterratsmitgliedern auf, um in Abwesenheit des Direktors Kümmler mit Betriebsleiter Arnold zu verhandeln.

Leider wurde vom Betriebsleiter Arnold erklärt, daß er nicht kompetent zur Verhandlung sei.

Eine am 18. Juni mit Direktor Kümmler gepflogene Ver- handlung blieb ebenfalls resultatlos. Von der Zahlstelle Saarau wurde sofort telegraphifch und schriftlich Genehmigung des Streiks beantragt. Da nach vierstägiger Dauer des Streiks es gewaltig abwärts begann, kam von der provisorifchen Streik- leitung ein Schreiben an die Zahlstelle Saarau, zu retten, was noch zu retten ist. Zu gleicher Zeit ging ein Schreiben des Haupt- vorftandes ein, daß der Streik nicht genehmigt werde. Wir müffen mit Verhandlung fchreiten, mit dem Refultat, das 65 Kollegen gemahregelt auf der Strafe hieften. Der Betriebs- ratsvorftändende und die verheirateten gemahregelten Arbeiter er- halten 18 Wochen lang von der Firma den jeweiligen Tariflohn.

In Gräben war es uns gelungen, im Verhandlungswege den Betriebsratsvorftändenden wieder in das Arbeitsverhältnis zu bringen.

Nach Lage der Sache um 800 Streikende zu unterftützen, brauchten wir pro Woche bei einer Streikunterftützung von 200 Mark 160.000 Mark. Wenn die Zahlstelle Saarau in der „Schleffifchen Arbeiterzeitung“ um jede Woche diese Summe belorgen würden, dann wären wir gern bereit, den Streik zu organifzieren, wie wohl es sich nicht mit den Gemütern eines bilzi- plinierten Gewerkschaftler vereinbaren läßt.

Denn von Organifzierung eines Streiks nehmen wir als jahrgeltelange Arbeiterführer das Recht für uns in Anspruch etwas mehr zu verstehen, als die unverantwortlichen Schimpfer in der „Schleffifchen Arbeiterzeitung“.

Eins müffen diese guten Leute doch bald einsehen gelernt haben, daß man mit Pfaffen die hungernden Mägen der Streikenden nicht füllen kann.

Aus aller Welt.

Auch ein Zeitbild.

Ein Vergnügen eigener Art leisteten fih in Berlin die Insassen eines Autos. Auf ihrer Fahrt durch die Schönhauler Allee, die Danziger und Weihenburger Straße warfen sie 50- und 100-Markfcheine unter die Fußgänger, wobei eine arme Frau 500 Mark erwifchte. Insgesamt find auf diese originale Weise mehrere taufend Mark zur Verteilung gelangt. Ob es sich um Ausländer oder andere Personen handelt, denen es auf eine Handvoll Scheine nicht ankommt, ift nicht bekannt, da das Auto fchnell, wie es gekommen war, wieder verfwand.

Erftäubung von Wasserfiefeln.

Ein englifcher Schaufpieler, Eric Lucc, erfand ein Paar Wasserfiefel, mit denen er beabsichtigt, über den Kanal nach Frankreich zu marschieren. Er hat bereits Versuche auf der Themse ausgeführt, die vollständig gelungen find.

Der Frauennöbder Großmann.

gegen den jetzt vor dem Berliner Schwurgericht wegen Mordes in drei Fällen verhandelt wird, hat in der Verhandlung am Sonntag die Tötung von drei Frauen zugegeben, aber die Absicht der Tötung dieser Frauen bestritten.

Die Meuchelmörder

haben durch ihre ruchlofen Taten die gefamte werttätige Bevölkerung aufgefchreckt. Die Empörung hat sich bei den letzten Demonstrationen sehr deutlich gezeigt. Damit allein ift jedoch der Kampf gegen die organifzten Verftörer nicht zu führen. Hierzu bebarf es vielmehr einer ebenfalls gefestigten und farten

Organisation.

Durch Sympathieerklärungen allein wird auch diese zu ihren Kämpfen nicht geführt. — Man muß sich ihr anfchliefen und dadurch Kampfer werden. Wer das will, wer die Republik verteidigen und die Ordnung erhalten helfen will, der fchreibe sich sofort der

Sozialdemokratie

an, die anfchliefen den Kampf gegen alle diese Kuffchiffen führt. Man fülle sofort den untenstehenden Schein aus und sende ihn an das Parteifekretariat, Langens-Str. 17 (Gewerkschaftshaus), 2. Etage, Zimmer 36.

Beitritterklärung.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bezirk Breslau.

Nor- u. Zuname:

geboren:

geboren:

Beauf:

Wohnung:

Aufnahmefteffe 1. — 10.

Beitrag pro Woche: Mark 1.—, Frauen 0.50 M.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Juli.

Sozialdemokratischer Verein.

Metallarbeiter. SPD-Vertrauensleute und Betriebsräte, Freitag, den 7. Juli, nachmittags 6 Uhr, pünktlich im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3, Versammlung.

Heute abend 8 Uhr Beamten-Vertrauensleute SPD, der Post im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6.

District 23. Alle Funktionäre und Genossenschaftler heute abend 7 1/2 Uhr wichtige Sitzung bei Reichelt, Werstraße 26.

Achtung! Jungsozialisten! Heute Dienstag, den 4. Juli, spricht bei uns im Gewerkschaftshaus Genosse Kirnbauer: „Aus der revolutionären Dichtung von 1848“. Gäste herzlich willkommen.

Die hohen Fleischpreise.

Bei keinem Bedarfsartikel ist in den letzten Wochen eine derartige hohe Preisentwicklung eingetreten, wie bei Fleisch und Wurstwaren. Dem größten Teil der schaffenden Bevölkerung ist es fast unmöglich noch Einkäufe von Fleisch und Wurstwaren zu machen. Fast hundertmal so hoch wie vor dem Kriege sind die Preise...

(auf jeden Fall unter 10 Mark das Pfund, v. Nischhofen) die Landwirte, Viehhändler und Fleischhändler wollen einträchtig zusammen arbeiten zum Wohle der Allgemeinheit. So sprachen sie zum Volke in den Protestversammlungen gegen die Zwangs- wirtschaft. Wenn sie unter sich waren, hörte es sich anders an. In einer Versammlung des Ortsausschusses für freie Nahrungs- mittelwirtschaft im Konzerthaus führte Müller-Franken aus: „Tawohl, wir vertreten unsere eigenen prinzipialistischen Interessen, und wir müssen uns klar machen, daß die Zeiten vorbei sind, wo eine wohlwollende Regierung schützend ihre Hand über uns ausstreckte. Ich rufe alle gegen Waise auf! Auch wir Bürger und Kapitalisten sind eine Waise, und wir müssen uns mit unserem Massenwillen jenem entgegen stellen.“

Die Preise der Fleischwaren sind in den letzten fünf Monaten um etwa 300 Prozent gestiegen. In der Woche vom 2. bis 6. Januar d. J. war die amtliche Preisnotierung für Ochsen in Breslau je nach Qualität 600 bis 925 Mark, vom 2. bis 7. April 1600 bis 2100 Mark, vom 4. bis 10. Juni 1800 bis 2500 Mark. Dabei muß festgestellt werden, daß diese Preise noch überhöht werden müssen, da die Landwirte sich nach der Notierung richten und immer das verlangen, was notiert ist. Mit welcher Berechtigung diese Preise verlangt werden, darüber könnten doch wohl jetzt die Herren vom Landbunde dem betrogenen Volke Aufschluß geben. Hand in Hand mit den Landwirten verhalten es auch die Viehhändler, die Zeit zu nützen. Sind doch Fälle nachweisbar, wo ein Stück Vieh erst durch eine Reihe Viehhändler verschmälert wird, jeder daran also verdient, ehe es an den Fleischer kommt. Ganze Reihen Vieh werden auf dem Breslauer Viehhof von Händlern, von Händler auf gekauft und auf andere Märkte gebracht. Daß diese Geschäfte lohnend sein müssen, beweist die immer größer werdende Zahl der teils mit, teils ohne Konzession herumreisenden Viehaukäufer.

wöchentlichen Gewinnbeteiligung von 50-60 000 Mark.

Daß bei all diesen Zuständen die Fleischpreise in ungeahnter Höhe klettern müssen, ist dann verständlich und wenn nun noch, wie kürzlich die „Volkswacht“ berichtet, bei Versteigerung von Weideland die Futtermittel unfähig in die Höhe getrieben werden, dann kann man sich auf eine weitere Steigerung gefaßt machen. Daß aber hier die Löhne der Arbeiter keine Schuld tragen, kann recht deutlich bemessen werden. Ein verheirateter Fleischhändler verdient zurzeit einen Wochenlohn von 504 Mark, von dem ihm noch Kostgeld abgezogen wird, da er, weil es hier so üblich ist, die Kost im Hause des Meisters einnehmen muß. Nach allen Abzügen erhält er ganze 286 Mark; die jüngeren Gefellen erhebt weniger. Dabei ist die Arbeitszeit in sehr vielen Betrieben noch unbeschränkt. Der Antrag auf Erhöhung der Löhne von der Gewerkschaft wird dahin beantwortet, daß die Lage des Gewerbes eine Erhöhung des Lohnes nicht zuläßt. Der Schlichtungsausschuß muß erst angerufen werden, da die Herren Fleischhändler scheinbar nicht wissen, daß bei ständig steigenden Preisen auch eine Erhöhung der Löhne notwendig ist.

Der unheimliche Einfluß der Spekulanten.

Bei der Preisgestaltung im Inlande macht sich auch geltend bei der Einfuhr. Mit Hilfe der alten Geheimräte, die schon vor dem Kriege den agrarischen Einflüssen erliegen waren, wird mit faßlichen und unwahren Gründen gegen die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes Front gemacht. Man will eben bei der Auspöckerung des Volkes nicht gefordert werden. Die Produktionsländer an Vieh und Fleisch sind so reich an diesem Produkt, daß wir um unsere Fleischversorgung nicht bange zu sein brauchen, wenn seitens der Regierung alle möglichen Erleichterungen gewährt würden. Dadurch würden die Vieh- und Fleischpreise erheblich beeinflusst werden. Vor allem ist es aber notwendig, daß das arbeitende Volk in seiner Gesamtheit erkennt, daß nicht die Herren Agrarier und ihnen verwandte Kumpare, die Volkswirtschaft nach ihrem Willen einfließen können; daß der Volkswille auch diese Herrschaften zwingen muß, ihre Eigeninteressen, denen der Gesamtinteressen unterzuordnen.

Wer kauft Diamanten?

Die „Schlesische Zeitung“ beschäftigt sich in einem Artikel mit dem Diamantengeschäft und kommt zu dem wichtigen Schluss, daß heute in Deutschland nur Ausländer, Instrukteure, Kaufleute, wohlhabende Landwirte (soll wohl heißen durch Auswanderung des Volkes reich geworden) sich Diamanten kaufen können. Man

könnte vielleicht meinen, daß noch jemand dazu in der Lage ist, etwa Wilhelm und Lubendorf, die mit hochherrlicheren Artikeln und Büchern Valutageschäfte machen — aber nein, die „Schlesische Zeitung“ weiß noch einen anderen Diamantenkäufer: den Arbeiter! Der junge Arbeiter, sagt sie, der heute beinahe 3000 Mark im Monat verdient, der kann seiner Liebsten schon einen Brillanten kaufen! Vorher rechnet sie aber aus, daß eine Papiermarke nur noch 1 1/2 Pf. gilt. Man kann solche Schreiberei nur als böswärtige, gehässige Verleumdung kennzeichnen, als bewußte Hebe gegen die Arbeiterschaft, die heute infolge des Wunders der den Kreieren der „Schlesischen Zeitung“ doch besonders nahestehenden im Landbund organisierten Agrarier härter als je um ihre Existenz ringt. Aber kam von dieser Zeitung je anderes als Verleumdung und Hebe?

Die Breslauer Studenten.

Die Breslauer Studenten sind plötzlich auf den merkwürdigen Gedanken gekommen, sich „als Vertreter der deutschen Nation“ an den Einzugsfeierlichkeiten der deutschen Truppen in Gleiwitz zu beteiligen. Die Vertreter der Korporationen befinden sich bereits mit ihren Requiriten auf dem Wege nach Oberschlesien. Nun will auch die offizielle Vertretung der Breslauer Gesamtstudentenschaft Mitglieder nach Gleiwitz entsenden.

Die Arbeiterschaft ist durch Verhandlungen mit Reichswehrleitung und Zivilbehörden über die behauene Vorkommnisse ungeklärt ist, hinweggelassen. Sie beteiligt sich an den Feierlichkeiten in Gleiwitz, Hindenburg usw. und veranstaltet anschließende Demonstrationen für die deutsche Republik. Will die Studentenschaft sich daran beteiligen oder läßt sie sich etwa als Geengewicht gegen die Tendenzen der einheimischen Bevölkerung nach Oberschlesien importieren? Jedenfalls wird ihre Mitwirkung den Eindruck erwecken, daß die Einzugsfeierlichkeiten in Oberschlesien von auswärts beinflusst sind, was bedauerlich auch im Fall eines ruhigen Verlaufs bleibt.

Zustandsquater.

Die Pressestelle beim Oberpräsidium schreibt uns:

Wiederholte Anfragen an uns und Artikel in verschiedenen Tageszeitungen lassen erkennen, daß der von uns am 14. Juni veröffentlichte Artikel über Auslandszucker von einem großen Teil des lesenden Publikums und der Kaufleute falsch verstanden worden ist. Der von uns seinerzeit veröffentlichte vorläufige scheinbare Kleinhandelsverkaufspreis von etwa 18,50 Mark stellt natürlich keinen Höchstpreis dar, jedoch auch eine Ueber- schreitung dieses Preises noch keine übermäßige Preisforderung zu enthalten braucht. Da der Auslandszucker ein Valutarartikel ist, der vom Großhandel in Devisen bezahlt werden muß, ist die Höhe seines Preises natürlich dauernden Schwankungen unterworfen. Der Preis von 18,50 Mark entsprach der damaligen Marktlage und wurde auch, wie wir festgestellt haben, in einem großen Breslauer Detailgeschäft geordert. In Orten, deren Kaufleute den Zucker von Breslauer Großhändlern beziehen, wird sich der Preis schon wegen der höheren Fracht etwas höher stellen müssen. Infolge des neuerlichen rasiden Rückganges der Mark ist der heutige Einkaufspreis für den Großhandel natürlich auch schon wieder gestiegen, wodurch sich auch der Kleinhandelspreis für die letzteren Einkäufe erhöht hat.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß sowohl der Groß- wie der Kleinhandel bei Verkauf von Inlands- und von Auslandszucker von Beauftragten der örtlichen Preisprüfstelle und der Polizei kontrolliert werden wird. Aus Handelskreisen ist selbst der Wunsch nach scharfer Kontrolle geäußert worden.

Ein deutschpöllischer Jurist.

Im Frühjahr 1920 machte sich die Erregung der Arbeiterschaft über das Verhalten der Studenten während des Kampfes in einem Angriff von Arbeitern auf die Studenten während des Sonntags-Rummels auf der Schweidnitzer Straße Luft. Dies gab dem unmittelbar vor seiner Ernennung zum Gerichtsreferendar stehenden geprüften Rechtsanwalts Alfons Kiechel aus Radewitz, Kreis Leobschütz, Veranlassung, eines Mittags im Studentenheim mit wütenden Schimpereien gegen die Juden Loszusagen, wobei er meinte, die arischen Studenten müßten sich mit Gummistülpeln bewaffnen und ihre jüdischen Kommittees am Betreten der Universität hindern. Als ihm der damalige Rechtskandidat Heimann wegen dieses Verhaltens zur Rede stellte, ihm sich als Jude vorstellte und ihn darauf hinwies, es gäbe doch auch arische Juden, erwiderte er ihm: „Anständig und Jude ist paradox.“ Eine Genugtuung für die Beleidigung verweigerte er mit dem Hinweis, daß er einer nichtjüdischen Korporation angehöre. Auch weigerte er sich, seinen Namen zu nennen. Als der Beleidigte trotzdem den Namen halb festgestellt hatte und den Beleidiger damit anredete, drohte ihm dieser mit Ohrfeigen, falls er seinen Namen noch einmal in den Mund nehme. Wegen dieser Räuberlei hatte sich der inzwischen schon längst als Referendar in Oberschlesien tätige Kiechel vor dem Schöffengericht in Breslau jetzt in der Verhandlung am 1. Juli d. J. unter Vorbehalt des Geheimen Justizrats Meyer zu verantworten.

Merkwürdigerweise hatte sich anfänglich ein oberösterreichischer Amtsgerichtsrat als Verteidiger des Beschuldigten gemeldet. Er erschien jedoch nicht in der Hauptverhandlung, sondern entbande an seiner Stelle einen Referendar.

Der Anwaltsrat bezeichnete das Verhalten des Angeklagten als recht tadelswert hielt ihm aber seine erregte Stimmung zu gute und beantragte 400 Mark Geldstrafe. Der Vertreter des als Nebenkläger zugelassenen Beleidigte Dr. Heimann, Rechtsanwalt Förder, meinte, daß eine exemplarische Strafe am Plage wäre, um dem Angeklagten, der bei seiner Gefährdung vielleicht im nächsten Jahre schon als Richter großes Ansehen in der Justiz errichten könne, als Dankschuld zu dienen. Das Gericht ging über den Antrag des Anwalts hinaus und erkannte gegen Beleidiger und Forderung auf 800 Mark Geldstrafe, im Höchstmaß auf 40 Tage Gefängnis, wobei der Vorliegende hervorhob, daß ein solches Bestrafen eines gebildeten Menschen, besonders aber eines zur späteren Mitwirkung an der Rechtsprechung berufenen, unwürdig sei.

Wie geht es.

Ein Genosse schreibt uns: Es ist am 29. Juni, 5 Uhr früh, ab Breslau, Freiburgurger Bahnhof fortfuhr, flogen drei diahöufige Herren in mein Abteil. Wir waren somit nur Herren. Kurz hinter Breslau fingen die drei Kerle an, über die jetzige Regierung zu schimpfen. Es fielen die üblichen Worte, wie Sattlergefelle, Judenregierung, Lumpen, Verbredner usw. Einer von ihnen sagte folgende Worte: „Wir brauchen einen Kaiser und der kommt!“ In Gantz fing ich an, dagegen zu sprechen, jedoch als sie sahen, daß ich Anhänger der Regierung bin, wollten die drei Herren beinahe mit den Säcken gehen mit losgehen. Ich bestand mich in einer sehr schwierigen Lage, weil ich allein war. Als wir in Schweidnitz ankamen, flogen vier Soldaten hinzu. Die wurden von den dreien befragt, ob in Schweidnitz die Hundebande ebenfalls Unzüge gemacht habe und bekamen die Antwort: „Auch bei uns ist Rathenau gefeiert worden.“ Die Herren sagten: „Könntet ihr denn die Hunde nicht so wegheben, wie Erzberger und Rathenau?“ Darauf sagten die vier Soldaten: „Wir würden es sofort tun, nur ist die Zeit noch nicht da!“ Es empfiehlt sich deshalb, an jedem Bahnhof Polizei zu haben, damit es ermöglicht wird, in solchen Wörtern die Namen feststellen zu lassen. Ferner müssen in den Zügen geheime Beamte mitfahren, die solche Elemente bald zur Anzeige bringen. (Ar-

tikel 48). Ferner müssen alle Abteile vor Abgang jedes Zuges durchgesehen und sämtliche Zettel und Bemerkungen wie Beschlüssen der Republik abgewaschen werden. Dann findet man die Kerle schon heraus, die frisch geklebt und geschmiert haben. Alle Genossen, die auf der Bahn reisen, müssen bei der Ausrottung der Pest behilflich sein.

Gefahr durch Kirchkern.

Die Kirchkern sind in diesem Sommer prächtig gediehen und trotz des hohen Preises werden sie reichlich geerntet, was man am deutlichsten daran merkt, daß die Bürgerkeise dicht besät mit Kirchkernen sind und schon wiederholt Unfälle durch Ausgleiten über derartige Kerne vorgekommen sind. Der Polizeipräsident sieht sich daher veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß das Hinwerfen von Obst- und Gemüseresten auf den Bürgersteig durch § 81 der Straßenpolizei-Verordnung vom 30. 6. 1913 verboten ist und hat die Polizei-Außenbeamten angewiesen, scharfe Aufsicht zu üben und gegen Übertretung dieser Verordnung jetzt so wichtigen Anordnung unmissverständlich einzuschreiten. Am wirksamsten wird die Beachtung dieser heilsamen polizeilichen Verordnung unterstützt werden, wenn das Publikum sich gegenseitig zur Befolgung der Vorschrift anhält und bei sich zeigender Böswilligkeit den nächsten Polizeibeamten anruft.

Vom Schlichtungsausschuß.

Einer seit über zwei Jahren bei der Firma Lubde beschäftigten Filialleiterin wurde jetzt gekündigt, weil sie trotz Verbotes Herrenbesuche während der Geschäftszeit empfangen habe, und weil bei Revisionen Fehlbeträge entdeckt wurden. Sie erhob gegen die Kündigung Einspruch beim Schlichtungsausschuß mit der Begründung, daß sie nicht mehr Mantlo als andere Verkäuferinnen gehabt hätte. Die Ware werde aber immer sehr knapp gewesen, auch bewilligte die Firma im Gegensatz zu allen anderen Firmen kein Mantlo. Weiter bestritt die Filialleiterin, falsche Bestandsmeldungen zu ungunsten der Firma gemacht zu haben; Herrenbesuche habe sie auch nicht öfter empfangen, als andere Verkäuferinnen, zudem zähle sie der Firma Zubehöre für das Zimmer und glaube sich berechtigt, dort zu empfangen, was sie wolle. Der Angeklagtenrat war der Ansicht, daß Herrenbesuche kein Kündigungsgrund wären, überlasse aber die Entscheidung dem Schlichtungsausschuß. Der Vertreter des Handlungsgeschäftsbereichs hat den Schlichtungsausschuß, der Firma auch eine endgültige Regelung der Mantlofrage zu empfehlen. Immerfort gäbe es in dieser Angelegenheit Streitigkeiten zwischen der Firma und den Angestellten. Der Vertreter der Firma erklärte, daß diese genau wisse, wieviel Mantlo sein könne, dieses werde auch gewährt, aber in anderer Form.

Der Schlichtungsausschuß entschied, daß bezüglich der Mantlofrage kein Urteil gefällt werden könne, weil die ganze Angelegenheit nicht geklärt sei. Da aber das Krülein Herrenbesuche trotz Verbotes empfangen habe, müsse der Einspruch gegen die Kündigung zurückgewiesen werden. Es wäre aber zu wünschen, daß die Firma endlich die Mantlofrage endgültig regelt.

Auch im Interesse des lesenden Publikums wäre es wünschenswert, daß die Firma, wie dies ja auch in anderen Lebensmittelmischungen üblich ist, ihren Verkäuferinnen ein Mantlo gewährt. Dann wird das Publikum wissen, wessen Schuld es ist, wenn die Ware heute meistens trotz der hohen Preise so sehr knapp geworden wird.

Neue Kohlenpreise. Die erneute Steigerung der Eisenbahnfrachten, der Grubenpreise, der Gelparmhaltungskosten und Löhne, machen eine weitere Erhöhung der Höchstpreise für Kohlen erforderlich. Die neuen Preise sind im Angehänge veröffentlicht.

Kohlenarten und Wohnungswechsel. Für den bevorstehenden Umzugstermin wird erneut darauf hingewiesen, daß bei Umzügen die Kohlenarten für die alte Wohnung von den Brotmarkenausgabestellen eingezogen werden, da mit der Aufgabe der Wohnung auch das dafür bewilligte Bezugsrecht erlischt. Bei der Meldung von Umzügen auf den Brotmarkenausgabestellen ist also auch die Rückgabe der Kohlenarten erforderlich. Um Nachteile in der Zuweisung von Brennstoffen für die neue Wohnung zu vermeiden, ist es notwendig, sofort im Büro für die Kohlenversorgung, im der Magdalenenstraße 10, unter Vorlegung des Mietvertrages eine neue Kohlenkarte zu beantragen.

Amlicher Wetterbericht. Die Wetterlage ändert sich nur langsam, am Dienstag ist noch teilweise heiteres, heißes oder wenigstens warmes Wetter zu erwarten, veränderlicher Wind, zunehmende Neigung zu Gewitterbildung.

Die Wagen der Linie 6 verkehren vom 1. Juli ab bis Ende der bebauten Schönstraße in der Richtung auf Dürren. Das letzte Stück bis zur Schule wird erst in einigen Wochen dem Verkehr übergeben werden können.

Erhängt aufgefunden wurde in seiner Wohnung, Lange Gasse 36, der Arbeiter Eduard Wunke. Was den verheirateten, 48 Jahre alten Mann zu der Tat getrieben, ist nicht bekannt geworden. Die Leiche befindet sich im Schauhaus.

Die Leiche einer Greisin ist am 8. Juni früh, am Kroschischen Garten (Weidendam) aus der Ober gelandet worden. Die mittelgroße Frau mit schneeweißem Haar hat wohl in den siebziger Jahren gestanden und muß vermutlich am Abend vorher ins Wasser gegangen sein, da die Leiche ganz frisch war. Sie war bekleidet mit schwarz-weiß gefärbter Jacke, schwarzem Rock, weißer Bluse, schwarzen Schuhen und gleichen Strümpfen. Meldungen erbeilen an das Polizei-Präsidium, Schußbrücke 44, Zimmer 9.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Verheiratete Theater. Im Lobetheater heute Dienstag „Nachmann als Erzieher“. Die Proben für das Gastspiel Ferdinand Bonn am 6. Juli in Hermann Bahrs „Konert“ am 7., 8. und Sonntag, den 9. Juli, im „Reen“, sind in vollem Gange. Karten an allen Vorverkaufsstellen und an der Theaterkasse.

Thalia-Theater. „Profurst Volld“, in der Hauptrolle Alfons Fink als Goli. Schauspielhaus (Operettenbühne). Dienstag, Donnerstag, Freitag „Der Vetter aus Dingsda“. Mittwoch zum 25. Male „Der Vetter aus Dingsda“. Sonnabend beginnt Otto Storm, das bekannte und beliebte Mitglied der Wiener Operetten-Bühnen, sein Gastspiel in der ersten Aufführung der Operette „Die schöne Mama“ als Werner von Stein. Diese Rolle hat Otto Storm bei der Aufführung in Wien erzielt. Neben Otto Storm sind die Damen Emma Curs, Elli Nische, Thilde Steffen und die Herren Dito Bohard als Gast, Ostas Brandl, Albert Hugelmann, Edmund Bouch beschäftigt. Gemischte Leitung Oberpräsident Fritz Karol. Musikalische Leitung Josef Rosenberger. Sonntag nachmittags „Der Tanz ins Glück“.

Bereinstalender.

Dringegruppe SPD. Hartleb. Mittwoch, den 5. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung. Sehr wichtige Tagesordnung. Redner ist anwesend. Freie Arbeitervereinsung Breslau e. B. Freitag, 7. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, Monatsversammlung. Vollständiges Erscheinen wird erwartet. Der Vorstand. Arbeiter-Kartell für Sport und Körperpflege. Donnerstag, den 6. Juli, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Erscheinen dringend notwendig. Alle Programme und Sportabzeichen müssen bis dahin abgegeben werden.

Parl. der Maurer Albert Stiller von der Fischerstraße, Altes Rathausgebäude nach ist der Mann an Alkoholvergiftung verstorben. Die Leiche befindet sich im Schauhaus.

Gefährlichkeit des Noheltes. Wie Untersuchungen im Reichsgesundheitsamt erwiesen haben, enthält auch das bestaussehende in den Handel kommende Eis Kleinweizen, die, in den Leib des Menschen gelangend, gefährliche Erkrankungen erzeugen können. Der Volkseisenrat warnt daher dringend vor dem Nohelen von Flüssigkeiten mit bezerrigen Eisstücken oder dem Aufbewahren von festen Nahrungsmitteln auf solchem bloßen Eise.

Thaliatheater.

Prof. Dr. Goldi.

Dr. Stieglitz und der Prof. Dr. Goldi sind den gleichen Vätern entsprossen: dem Herrn Friedmann und dem Herrn Herz. Kein Dr. Stieglitz haben aber die Herren Väter mehr Glück gehabt. Auch mir ist ein fetter Stieglitz lieber als ein magerer Prof. Dr. Goldi. Zu betonen, daß gerade das jüdische Kolort des Stückes der kürzeste Weg zum Lacherfolg ist, wäre überflüssig.

Die Fabel: Ein jüdischer Kaufmann Blah ist durch seinen jungen Mann Goldi reich geworden. Der junge Mann hat, so wird uns erzählt, fabelhaft, schätliches Talent. Dafür hat sein Chef zwei Töchter und eine hoch hinaus wollende Frau. Die jüngste Tochter, die Emma, ist gerade an dem Tage geboren, als Goldi in das Geschäft als Lehrling eintritt. Sein Opa hat sie ihm so halb und halb versprochen. Aber die Mama will für Emma einen Baron. Einen richtigen: mit wenig Verstand und viel Schwaben. Die ältere Schwester, Ida, ist launig und verbittert. Die soll der Goldi mit erhöhter Mitgift kriegen. Nebenbei noch die Prof. Dr. Goldi mag nicht. Und als er indirekt der Mama den adeligen Schwiegerjohn vernauffelt, da fliegt er. Das heißt, er geht selber. Aber ehe er die Firma verläßt, lernt er die Ida richtig kennen und lieben. Da mag aber sie nichts von ihm wissen. Hoch nein! Jetzt hat der Alte in seinem Geschäft fest. Die Ida hilft zwar fleißig und ist auf einmal das Goldmüdel. Aber im Geschäft fehlt der Goldi. Auf Rat des alten, unendlich langweiligen Hausarztes, der in jedem Akt ein Verschönerungsattentat auf die Zuschauer macht, bietet Herr Blah dem Goldi wieder seine Emma an. Der Goldi verspricht zu bleiben und nimmt die — Ida.

Nun ist alles im Lot. Außer der noblen Mama vielleicht und der kleinen Emma, die weder einen Baron noch einen Prof. Dr. Goldi kriegt, sondern überhaupt in der Luft schwebt. Die Zuschauer langweilen sich mit dem alten Hausarzt und lassen bei jedem Witze selbst wenn er so alt ist wie die Welt.

Der Darstellung fehlte mitunter der feigmachende Schwung. Das jüdische Milieu war ganz gelodert. Die Herren hatten sich für edle Masken und Sprache entschieden, während die Damen außer Kriebel Knaack, allerlei Dialekte vorbrachten. Nur nicht den richtigen. So wirkten zum Schicksal drollig die Herren Fina und Halpern. Dem todlangweiligen Hausarzt hatte Herr Knaack allerlei Witze aufgesetzt, ohne die Rolle an sich retten zu können. Die Mama bestand sich bei Friedel Knaack in den besten Händen. Die Emma ist, wie Frau Habel-Kreimer, ohne zu ermännen. Die launige Ida, die Frau Habel-Kreimer zur Last fiel, rettete sich schließlich glücklich in Goldis Arme. M.

Filmschau.

Ein sehr aktuelles Thema behandelt der diese Woche in den Kinostädten gezeigte Film „Beitrag des Volkes“. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, daß, wenn dieser Film, rein einer humanen Entwürfen, noch vor dem Entstehen und Zulassendruck der Kongresse gezeigt worden wäre, hätte es gegeben: So etwas ist nur im Kino möglich. Man hätte es nicht für möglich gehalten, daß es so viele biedere Bürger geben kann, die im blinden Launen nach Gold, mühelosen Verdienst ihre Erbarmung gewissenlosen Betrugern geben, die auf die Dummheit ihrer Mitmenschen spekulieren. Die Bilder sehr gut aufgenommen, die Aufführung (Willy Kaiser, M. Schlegel, A. Georg sind prächtige Typen) ist eine sehr gute.

Aus dem Leben gegriffen ist gleichfalls das Stückenhauspiel „Ardeure der Großstadt“.

A. L. bringt die Fortsetzung der „Herrin der Welt“. Dieser dritte Teil, „Der Rabbi von Kuan-fu“ zeigt wieder ganz

Dr. Goldi, der zu den sympathischsten Figuren des Romans gehört, im Film eine kleine „Umarbeitung“ erfährt, die nicht zu seinen Gunsten ausfällt.

Im Beiprogramm sehen wir die Beisehung Rathenaus und ein Lustspiel „Wie werde ich energisch“.

Der Opernsänger Frank von der komischen Oper Berlin und der Opernsänger Heideblitz vom Berliner Opernhaus sind als Gäste in den Kinostädten (Heinrichstraße) nicht nur zu sehen, sondern auch zu hören in der hier zum ersten Mal gegebenen Filmoperette „Die Strandnixe“. Der Film ist von der Berliner Sing-Film-Gesellschaft aufs Beste zusammengestellt. Die musikalischen Szenen sind nach dem Best-Patent aufgenommen, das ein glänzendes Zusammenspiel von Sängern und Filmmusikern ermöglicht. So manches, das man bei der verfilmten Oper als störend empfand, fällt hier weg. Alles klappi ausgeglichen. Billig 70 H. ist eine reizende Strandnixe, ihre Partnerin steht ihr tapfer zur Seite. Die weibliche anstrengende Solopartie wird von Fräulein Häuler ausgeführt.

Aus der Provinz Schlessen.

Provinzialauschuß.

Am Mittwoch, dem 28. Juni, trat der Provinzialauschuß zu einer Sitzung zusammen. Ueber die Verhandlungen und Beschlüsse ist zu berichten: Bemüht wurden für den Bau von Straßen und Brücken an einige Kreise Baubilligsgelder. Dann wurden einige Neuanordnungen, besonders für Heil- und Pflegeanstalten, und die Einführung der Gewährung von Beihilfen an Rindviehhalter bei schwerer wirtschaftlicher Schädigung (durch Auftreten von Rotes) genehmigt.

Der Provinzialauschuß erklärte sich mit der Anlage eines Damms auf dem Höhenrücken zwischen dem Staubecken Markt- und Steinritz und der unangelegentlich fortgeführten des Saues der Talperre bei Goldentraum einverstanden. Er war ferner damit einverstanden, daß an Stelle des Ankaufs und Ausbaues der Böhmerwaldstraße bei Schlemmer und Kenta-Baldix und unter vorläufiger Zurückstellung des Baues einer Stau- und Kraftanlage bei Böhmerwald bei der Bau einer Stauanlage und eines Kraftwerks im Böhmer bei Böhmerwald betriebslos bzw. in Angriff genommen wird.

Es wurde festgestellt, daß als Ersatzmann für den verstorbenen Oberbürgermeister Dr. Soetbeer der Kreisgenossenschaft Gustav Kitzinger in Kottbus, Kreis Glogau (D.S.P.), und für den verstorbenen Bürgermeister Kroll der Bergbäuer- und Hausbesitzer Paul Gärner in Kottbus, Kreis Landeshut (S.P.D.), nach der festgestellten Reihenfolge in den Provinziallandtag der Provinz Niederschlessen einzutreten.

Die nächste Sitzung des Provinzialauschußes findet am 23. August 1922 statt.

Entlarvter Schwindel der Reichspresse.

Die Meldungen einiger Zeitungen, nach denen der Reichsbauer Landrat Graf Degenfeld, von der demonstrierenden Arbeiterklasse gezwungen worden sein soll, an dem Demonstrationsszuge aus Anlaß der Ermordung des Ministers Rathenau teilzunehmen, entsprechen nicht den Tatsachen.

Wichtig ist schließlich, daß Vertreter der Arbeiterklasse von Langenbrunn, Peterswaldau und Keilsau sich in geschlossenen Demonstrationsszügen nach Reichsbach begaben und den Landrat ermahnten, als Vertreter der Staatsbehörde auf dem Ringe eine Ansprache über seine Stellungnahme zum Tode Rathenaus und zur Republik zu halten. Der Landrat ist dieser Aufgabe nachgekommen und ist auch an der Spitze des Demonstrationsszuges vom Ringe durch einige Straßen der Stadt nach der Kiederstadt zusammen mit den Magistratsmitgliedern gegangen. Von einem Zwange, in dem Demonstrationsszuge zu gehen, war keine Rede. Ebensowenig entspricht es den Tatsachen, daß die auf dem Ringe in Reichsbach halbwegs wehende Fahne heruntergerissen worden ist. Die Demonstrationen in Reichsbach sind ebenso wie die örtlichen Demonstrationen in den anderen Industrieorten des Kreises ohne weitere Störung verlaufen.

Die Protektbewegung in der Grafschaft Glatz.

Das größte Attentat gegen den Reichsminister Dr. Rathenau hat die Grafschaft Bevölkerung tief empört. Die Kundgebungen, die veranstaltet werden, fanden riesigen Zuspruch. Selbst

in den letzten des Kundgebungs war die Begeisterung der Grafschaft nicht darauf ausgerichtet als gegenwärtig.

Unter Parteiführer Genosse Müller-Glatz hatte täglich in seinen Versammlungen einen Zuspruch wie nie zuvor. Aber auch dort, wo die Genossen Rohrbach, Grieger und Hartzel sprachen, war die Beteiligung außerordentlich stark. In Glatz, Habelschwerdt, Altersdorf, Seidenberg, Rengersdorf, Fischbach, Reiners, Rüdgers und Mittelwalde fanden denartige Kundgebungen meist mit Demonstrationen verbunden statt. In Landek und Sadiß-Rudowa fanden gemeinsame Kundgebungen aller Koalitionsparteien statt, bei denen ebenfalls Genosse Müller-Glatz sprach. In allen unseren Versammlungen wurde nachstehende Entschließung einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen:

Die versammelten Männer und Frauen drücken Ihre tiefste Empörung aus gegenüber dem verrätlichen Treiben der monarchistischen, nationalitätlich-militarischen Feinde der Republik. Die Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau ist nur die neueste Erscheinung ihrer gemeinen Bestimmung.

In politischer Hinsicht erstreben sie den Sturz der Republik und deren Ersetzung durch die Monarchie. Als Kampfmittel dienen ihnen neben der Sabotage notwendiger Anordnungen der republikanischen Regierung und der Vorenthaltung unbedingt benötigter finanzieller Mittel, die Verleumdung ihrer politischen Gegner und der politische Mord. Wirtschaftlich verfolgen sie, durch unerschöpfliche Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte, die Notlage der armen Volksmassen herbeizuführen, die eine ihrem Treiben günstige, der Republik feindliche Stimmung im Volke erwecken muß.

Das ist das Ziel der von ihnen verlangten „freien Wirtschaft“, als deren letztes Hindernis für ihre schrankenlose Wucherfreiheit sie die Beseitigung der Getreibeumlage erstreben. Die Versammelten geloben Treue zur Republik, sowie weitestgehenden Schutz ihrer Organe und fordern: Rückfichtlosen Kampf der Regierung gegen die offene und versteckte monarchistische, nationalitätliche, militärische Reaktion auf allen Gebieten. Schärfstes Vorgehen gegen alle Saboteure des Regierungswillens in den Ämtern aller Art. — Schonungsloses Vorgehen gegen alle Beamten und Militärs, die ihr dienliches Ansehen direkt oder indirekt der monarchistischen Reaktion zugute kommen lassen. Schnellste Schaffung aller hierzu etwa fehlenden gesetzlichen Grundlagen. Sicherstellung einer ausreichenden Brotversorgung zu erschwinglichen Preisen durch Beibehaltung und weiteren Ausbau der Getreibeumlage. Derart, daß der mittlere und kleinere Landwirt von der Getreibeumlage befreit bleibt. Saboteure der Volksernährung, denen die Wucherer mit landwirtschaftlichen Produkten gleichzustellen sind, sind als Landesverräter im schärfsten Verfahren abzuurteilen. Auch hier sind die etwa fehlenden gesetzlichen Grundlagen schnellstens zu schaffen. Sollte der Reichstag bei dem erforderlichen Vorgehen versagen, so fordern die Versammelten die Auflösung des Reichstages und schnellste Ausrichtung von Neuwahlen.

Gottesberg. „Ein Skandal“, wie ihn die hiesige Stadt noch nicht erlebt hat, ist passiert. Das erste Kriegereisenverbot wurde am gestrigen Sonntag verboten. Wie kann so etwas möglich sein, einfach unehört, wird mancher einer der braven Krieger von 1870 und 1914/18 sagen. Im Schwarzen Röh am Ring war es seit vielen Monaten angemeldet, nun kommt dieser verfluchte Nord von Rathenau dazwischen und wirft unseren ganzen Kramel mit Fahnen, Standarten, Epuletts über den Haufen. Auch mit dem so oft direkt muntergültig auf dem Ringe flatternden Parademarsch, wo so manch einer die müden, abgebehten Knochen zusammenrückt, um bei der Suite bestehen zu können, wird nun in den Orkus geworfen werden. Nein, wir haben sich doch die Zeiten geändert, es ist kaum glaublich. Würde doch im Krieger- und Veteranenverein des Gottesberger Kirchspiels bisher nur treue Kameradschaftlichkeit und — — — gepflegt. Es wird nach manchem zu Grab getragen werden, was ehemals hoch und heilig war, denn das Rad der Zeit läßt sich nicht mehr zurückdrehen.

Wasserstand

vom 4. Juli 1922.

Rathenau	0,91	Breslau (Unter-Wege)	0,80
Krupp	1,99	Kantern (Ober-Wege)	5,13
Köln	0,77	(Unter-Wege)	1,48
Brig (Mittelland)	1,30	Dyhernburg	0,87
Reichsbahn (Ober-Wege)	3,80	Treiden	1,07
Reichsbahn (Unter-Wege)	1,50	Wasserwärme	+ 20,7°
Breslau (Ober-Wege)	4,18		

Am 2. Juli, früh 6 1/2 Uhr, verschied nach langem, schweren Leiden meine liebe Frau und gute Mutter, Tochter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Christiane Gadegast geb. Schiller
im blühenden Alter von 34 Jahren.
Dies zeigt tiefbetruht an
Der trauernde Gatte
Gustav Gadegast nebst Söhnchen und Verwandten.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Kapelle des städt. Friedhofes (Paulus-Gemeinde) aus. — Trauerhaus: Frankfurter Straße 71.

Anzüge
Lassen Sie sich billigen bei
Gebr. Hänel
Neumarkt 13, I
Eingang Rechtecke.
Bille
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Käufe
Garn
kauft, überbietet jeden Preis, Puschke, Seidenstraße 16.
Verkäufe
Mähmaschinen
Auf
Erschließung
Zahlung
Erschließung
Verkauf
Mähmaschinen
Auf
Erschließung
Zahlung

Kräcke.
Nur Barachol
bedeutet Kräfte ohne den Körper
erschöpfen. Es regelt die
körperlichen Kräfte der Kräfte. Das
körperliche und körperliche
auf diesen Kräfte.
Bewahren die anstrengung
Barachol.
Es geben in den Apotheken
und Drogerien.
Vertreter:
H. Fiebach, Breslau
Mittelstr. 21, I.

Sozialdemokratie u. Kirchentum
Preis 45 Pfg. — auswärts besonders Porto.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes, sowie von sämtlichen Kooperationsentgegengenommen.

Am 2. Juli verschied nach langem, schweren Leiden die Frau unseres Kollegen
Christiane Gadegast
geb. Schiller.
In aufrichtiger Teilnahme
Die Kollegen und Kolleginnen der
Lohn-Heimarbeit, Halber Beschäftigten
am Bot. II, III, IV, V und VI.
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 1/2 Uhr
von der Halle des St. Paulusfriedhofes
in Cosel. 591

Neue Schickpreise für Rollen und Drucks.
1. Für die Abgabe von Rollen und Drucks darf vom 1. Juli 1922 für den Zeitraum nicht mehr geboten werden als:
a) für Rollen, Rollen, Maß I 88,00 RM. 105,00 RM.
b) „ „ „ „ „ 97,50 „ 105,70 „
c) „ „ „ „ „ 97,50 „ 105,70 „
d) „ „ „ „ „ 97,50 „ 105,70 „
e) „ „ „ „ „ 112,00 „ 119,00 „
f) „ „ „ „ „ 83,00 „ 90,00 „
2. Die Preise für Rollen und Drucks sind von dem 1. Juli 1922 für den Zeitraum bei Rollen von nicht als 30-30 Zentimeter, von nicht als 30-30 Zentimeter, von nicht als 30-30 Zentimeter, von nicht als 30-30 Zentimeter.
3. Bei Abgaben auf Entwürfen von nicht als 50 Meter wöchentlich Rollen und Drucks von dem 1. Juli 1922 für den Zeitraum von nicht als 30-30 Zentimeter, von nicht als 30-30 Zentimeter, von nicht als 30-30 Zentimeter, von nicht als 30-30 Zentimeter.
4. Besondere Gebühren für die Benutzung der Rollen und Drucks von dem 1. Juli 1922 für den Zeitraum von nicht als 30-30 Zentimeter, von nicht als 30-30 Zentimeter, von nicht als 30-30 Zentimeter, von nicht als 30-30 Zentimeter.
5. Die in anderen Bestimmungen vom 1. Juli 1922 festgelegten Schickpreise haben wir auf.
Der Magistrat.

Kleine Anzeigen
sind kompakt gesetzt eins. Anzeig. v. Verboten, Konkrete, suchen u. a. von Privaten. Jedes Wort 50 Pf., fct 1 M.
Wies Gewehr, Ralf, mm, zu kaufen od. Braub, Kleingewehr, 50.

Arbeitsmarkt
Rampoliere Zimmerpoliere Schachtmeister
werden sofort gesucht. Nur besonders tüchtige und erfahrene Fachleute werden berücksichtigt. Bewerbungen erbeten an 2826
HUTA
Hoch- und Tiefbau-Mittelgesellschaft
Junfermannstraße 41/43.

Am 2. Juli verschied nach langem Leiden unser Kollege, der Schlemmer
Adolf Prietzel
im Alter von 67 Jahren.
Ein abendliches Andenken bewahrt ihn
Die Belegschaft der Firma Treibenberg.
Die Beerdigung findet am 4. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Göttschen statt.

Achtung! Betriebsräte! Gewerkschaftler!
Wichtiges Material enthält das soeben von C. Nörpel herausgegebene Buch:
„Der Betriebsrat - Markt“
(1 Teil), brosch. 12.— RM.
Zu beziehen durch die „Volksrecht“-Buchhandlung, Neue Grunpferstraße 57.

Liköre
Simmer
Backpulver
Inferate werden in der Volksrecht

Tüchtiger Rauschneider
per sofort gesucht 2830
Gebr. Lippmann & Cohn
Karlstraße 30.

Verband der Bremer-Lithier-Arbeiter
Am 20. Juni verschied nach langer Krankheit unser Kollege, der Lithier
Wilhelm Marschall
im Alter von 29 Jahren.
Sein Andenken werden stets in Ehren halten
Die Mitglieder der Lithier-Union.
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des St. Paulusfriedhofes in Cosel.

Zeitungsträgerinnen
für Gräbchener Tor
gekauft
Expedition der „Vollmacht“, Flurstr. 4/6.
Schmiedelehrling Zucht. Rüdgers 1. 1922
kann sich melden. 599
23 Sölligstraße L. A. Pröbisch, Rüdgersstr. 18, 584 pt.

Textil-Großhandel

G. Koenigsberger
Kleiderstoff-Großhandlung
Breslau I, Schloßstraße 5.
Fernsprecher Ring 5265.

Lissner & Dreßler, Breslau
Herrenstraße 2, parterre und I. Etage
Wäsche- u. Schürzenfabrik mit elektr. Betrieb
Webwaren-, Trikotagen-,
Wollwaren-Großhandlung
Lagerbesuch stets lohnend.

Brintzer & Co., Breslau I
Herrenstraße 3/4, Telephon Ring 5749
Futterstoffe
für Konfektion und Maß-Schneiderei

Tuchgroßhandlung
Kauffmann & Schnur
Beste Bezugsquelle
für Schneider und Wiederverkäufer
Breslau, Blücherplatz 20

Tuchhaus Hinke & Co.
Inh.: Emil Hinke
Herrenstoffe, Damenstoffe, Futterstoffe
sowie Leinen- und Baumwollwaren
en gros — en détail
Breslau I, Ring 60, Telefon Ring 11416

Gebr. Glaser
Webwaren-Großhandlung
Breslau, Blücherplatz 11, Telephon Ring 11711

Kierski & Grünbaum
BRESLAU, Karlstraße 21
Telephon Ring 4929, Telegr.-Adr.: Kierskibaum
Manufaktur · Baumwollwaren · Futterstoffe
Lagerbesuch lohnend

Siegmond Cohn
Kurz- und Wollwaren en gros
Breslau, Schloßstraße 11, Telefon 4208

M. SCHWERIN
BRESLAU Gegründet 1846 KREUZBURG
Antonienstr. 2/4 OS.
Kurz- u. Wollwaren, Trikotagen
en gros.

Eugen Herlitz & Co., Gartenstraße 69/71
Telephon Ring 820
Herren- und Damenartikel
Spezialität: Herrenhüte und Gummimäntel
en gros — en détail

Robert & Julius Bentscher
BRESLAU
Weiß- und Wollwaren, Strickgarne en gros
Handelsstätte Pokoyhof

Siegmond Freund
Strumpfwaren · Trikotagen · Strickgarne
Großhandel
Ring 4 · Tel. Ring 1777

Schweltzer, Seeliger & Co.
Schuhwaren-Großhandlung
BRESLAU IV
Handelsstätte Pokoyhof
Antonienstraße 2/4, Tel. Ring 11420 u. 2889

Emil Grodnick
BRESLAU I, Karlstraße 40/41
Konfektion- und
Schuhwaren-Großhandlung
Ständig große Partis-Posten am Lager

Adler & Co.
Kurzwaren · Knöpfe · Besätze
Breslau, Karlstraße 12, Tel. Ring 8524
Ständiges Musterlager der Firma
Carl Cohn, Berlin 3, Annaberg

Banken und Industrie



Direction der Disconto-Gesellschaft
Filiale Breslau
Zwingerplatz 3
Postcheckkonto Breslau 47600 Fernsprecher: Ring 590, 6622, 6538, 6573, 6820,
7178-7177, Ohle 6888
Bankmäßige Geschäfte aller Art / Kapital und Reserven Mk. 1.200.000.000

Dresdner Bank Filiale Breslau
Tautenzienstraße 4/5
Depositenkassen:
Kasse Ring: Ecke Ring u. Schweidnitzer Str. Kasse C: Matthiasstr. 8, Ecke Essentkaler Str.
Kasse A: Neue Schwelld. Str. 5, Ecke Gartenstr. Kasse D: Graupenstraße 6/10
Kasse B: Königplatz 4, Ecke Friedr.-Wilh.-Str. Kasse E: Kais.-Wilh.-Str. 92/94, Ecke Fröschstr.
Kasse F: Ohlauer Straße 28, Ecke Christophorplatz

v. Wallenberg Pachaly & Co., Breslau V
Tautenzienstraße 3
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
Reichsbank-Girokonto Postcheck-Konto Breslau 40800 Telefon Ring 7876-7879

Bank für Handel und Industrie Filiale Breslau verm. Disconto-Bank
Hauptgeschäft: Breslau, Ring 30 Fernsprecher: Amt Ring 5570 bis 5577, 8880 u. 8881
Dep.-Kassen: A. Tautenzienplatz 1 D. Gartenstraße 2
B. Matthiasstraße 9 E. Klosterstraße 12
C. Friedrich-Wilhelm-Straße 14 G. Schleichthofstraße, Frankfurter Straße 102/8
Bankengemeinschaft Darmstädter-Nationalbank
Aktienkapital und Reserven: über eine Milliarde Mark

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Musterschutz. Ohne Gewähr.

Abfahrt Odertor-Bahnhof		Ankunft	
Richtung Oels.		Richtung Oels.	
Oels 450 Sbd. 622 Sbd. u. M. 140 u. 238 S.	Namslau 706 Sonntags	Oels 830 S	
Freyhan 525 529 935	Oels 830 S	Freyhan 881 1149 1128	
Königshütte-Kattowitz 627 1007 254	Kattowitz 958 1026 209 541 1125	Kattowitz 958 1026 209 541 1125	
698 und 815 E	Kreuzburg 528 W	Kreuzburg 528 W	
Militzsch Sonnabend 516	Militzsch 1021 Sonnabends	Militzsch 1021 Sonnabends	
Kreuzburg 1120			
Vorortzug:	Vorortzug:		
Hundsfeld 125 W	Hundsfeld W 300 von Hundsfeld		
Richtung Trebnitz.	Richtung Trebnitz.		
646 1143 152 700 1120	630 905 159 929 926 S 984		
Abfahrt Kleinbahn		Ankunft	
Breslau — Trebnitz — Prausnitz.		Prausnitz — Trebnitz.	
Breslau 710 632	Hochkirch 650	Hochkirch 650	
Hochkirch 1045	Prausnitz 827 610	Prausnitz 827 610	
Trebnitz 200 1120 Mittwoch, Sonntags und	Trebnitz 125 1033 Mittwoch, Sonntags und	Trebnitz 125 1033 Mittwoch, Sonntags und	
Festtags	Festtags.	Festtags.	
Wiese Sonntags 925			

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Filiale Breslau Hauptanstalt Leipzig
Gegründet 1856 · Aktienkapital und Reserven rund Mk. 560.000.000
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
Drahtanschrift: „Creditanstalt“ Fernsprecher: Ring 6960-62

Marcus Nelken & Sohn
Breslau Gegründet 1819 Berlin
Schweidnitzer Straße 54 Taubenstraße 34
Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte

Robert Bell
Bankhaus
BRESLAU I, Albrechtstraße 54
Filialen: Oels, Ohlau und Strehlen in Schlesien

Jaffé & Co.
Bankhaus gegründet 1830
Fernsprecher Ring 485
BRESLAU I, Blücherplatz 20

Bankhaus Louis Hille, Breslau I, Schönbrücke 8
Fernsprecher: Ring 1169, 891 und 5060 · Telegramm-Adresse: Hillebank
Ausführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen

Georg Friedländer
Spezialität: Sport-Konfektion
BRESLAU I Herren-Kleiderfabrik Reuschestraße 37/38

Nathan Levy
Inh. Bernh. Graetz Gegründet 1830
Herren-Kleiderfabrik
BRESLAU I, Reuschestraße 51 (Niepoldshof) · Telephon Ring 6656

Janower & Blumenfeld
Damenmäntel-Fabrik
Breslau, Schweidnitzer Straße 28 · Telephon Ring 2994 und 4094

Seemann & Herrstadt
Breslau, Karlstr. 12
Tel. Ring 12 303
Strumpfwaren, Handschuhe, Trikotagen, und Wollwaren-Großhandlung

Kleider-Mäntel-Fabriken

Knobloch & Rosenmann
(früher Arnold Karfunkelstein)
Herren- und
Knabenkleiderfabrik
BRESLAU I, Büttnerstraße 28/31

Widawer & Zerkowski
Herren-Kleider-Fabrik
BRESLAU I
Schweidnitzerstr. 28 III u. Schloß-Café-Gebäude
Fernsprecher Ring 1458
Telegr.-Adr. Zerkowid

Seidemann & Co, Breslau
Farnaf Ohle 1623 — Büttnerstraße 32/33
Fabrik für Leinen, Lüsterkonfektion, Fantasie-
westen, Westengürtel, Promenaden-Gamaschen
Verkauf nur an Groß- und Kleinhändler

Silbermann & Co.
Damenmäntel-Fabrik
Spezialität: Backfisch- u. Kinder-Konfektion
Breslau, Ring 57 Telephon Ring 2166

L. Marcus
Herren-Kleider-Fabrik
Breslau I, Ring 60. Fernsprecher: Ring 5352.

MACHOL & HIRSCH
Herren-Kleider-Fabrik
Breslau, Antonienstraße 2 4.

Leipziger & Goldmann
Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik
BRESLAU, Antonienstraße Nr. 2/4.

Kunert & Co.
Herren- und Knabenkleider-Fabrik
Breslau I, Ring 46, I

Gustav Riedel
Herren- und Knabenkleider-Fabrik
Breslau I, Büttnerstraße 4 I, Tel. Ring 8372

Drucksachen aller Art
für
Banken · Industrie
Großhandel · Gewerbe
und Privatbedarf
Befert in jeder gewünschten Ausführung
Volkswacht-Buchdruckerei
Breslau 2, Fierstraße 4/5

Eduard Jacob
Damen- und Mädchenmäntel-Fabrik
Breslau, Schmiedebrücke 48/47. Tel. Ohle 484.

1872 1922
Carl Pulvermacher · Breslau
Büttnerstraße 1 Elisabethstraße 4
Wäsche-, Schürzen- und Kinderkleiderfabrik

Kierski & Co.
Krawattenfabrik — Westenfabrik
Breslau, Junkerstraße 9

Wäschefabrik Grünlagel Berthold Jacek
Breslau, Reuschestraße 2
Fabrikation feiner Herrenwäsche
Oberhemden, Tag- und Nachthemden, Schlaf-
anzüge, Krage, Sarvitors, Manschetten

Julius & Stefan Cohn
Breslau, Reuschestraße 51.
Fernsprecher Ring 8460
Abt. I:
Leinen- und Baumwollwaren-Fabrikation
Abt. II:
Sack- und Plauenfabrik

